



AUSGABE 1 · 36. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 26.1.2005

## Willkommen

S. 3

## Wahlrecht

S. 13

## Wasser

S. 17

## Wohnen

S. 20

Bundespräsident Horst Köhler hat den Landtag besucht. Sein neuer Stil: Er kam zu Fuß. Das Wetter spielte mit.

Ursprünglich sollte es überhaupt keine Frist mehr geben. Jetzt muss ein NRW-Neubürger 15 Tage im Land wohnen, damit er bei der Landtagswahl seine Stimme abgeben kann.

1:1 umsetzen oder draufsateln? Wenn es ums Wasser geht, gibt es unterschiedliche Interessen. Das macht die Arbeit an der Umsetzung der EU-Rahmenrichtlinie in Landesrecht nicht einfacher.

Angemessene Kosten – was heißt das beim Wohnen, und was bedeutet das für die Empfänger von Arbeitslosengeld II? Gibt es denn genügend preisgünstigen Wohnraum im Land?



Hilfsorganisationen aus NRW unterstützen die Menschen im fernen asiatischen Katastrophengebiet. Wasseraufbereitung, medizinische Versorgung, Wiederaufbau – engagiert, effektiv helfen die Frauen und Männer den zahlreichen Opfern von Seebeben und Flutwelle. Solche Ereignisse sind in NRW nicht zu befürchten, aber trotzdem stellt sich die Frage: Wie gut ist das Land für den Fall der Fälle gerüstet? Spätestens nach dem 11. September 2001 sehen sich Politik und Hilfsorganisationen vor neue Herausforderungen gestellt. Es gilt, technisch und organisatorisch auf dem neusten Stand zu sein. Das ist nicht zum Nulltarif zu bekommen. Darum eine Bestandsaufnahme des Erreichten und der nächsten Schritte im Bereich des Katastrophenschutzes NRW auf den Seiten 4 bis 8.

Foto: Schälte

## Wort und Widerwort:

„Welche Chancen bietet das Programm »Stadtumbau West« für NRW?“

Die Menschen werden älter, die Städte schrumpfen. Leerstehende Ladenzeilen, unvermietbarer Wohnraum – die Aufgabe, ein lebenswertes Gemeinwesen zu erhalten oder zu schaffen, ist die große Herausforderung für die Politik der nächsten Jahre. Bund und Land lassen dabei die Kommunen nicht allein. Denn die haben erhebliche Schwierigkeiten und könnten die finanzielle Herausforderung ohne Unterstützung aus Düsseldorf und Berlin nicht stemmen. „Stadtumbau West“ ist ein Programm, das Hilfestellung bei Lösungen gibt, die so unterschiedlich wie die Städte sein können. Phantasie und Engagement – die Beteiligten können viel zum Erfolg beitragen (Seite 12).



Hilfe bei Katastrophen –  
das Land ist vorbereitet

# Inhalt

<b>Inhalt/Editorial</b>	<b>2</b>
<b>Bundespräsident Köhler zu Gast im Landtag</b>	<b>3</b>
<b>Landtagspräsident zum Seebeben</b>	<b>4</b>
<b>Deutsche Helfer in Südostasien</b>	<b>5</b>
<b>Interviews mit den innenpolitischen Sprechern</b>	<b>6/7</b>
<b>Plenardebatte über Katastrophenschutz im Land</b>	<b>8</b>
<b>Mittel für Jugendsozialarbeit im Brennpunkt</b>	<b>9</b>
Spitzengespräch über Verhaltensregeln für Abgeordnete	9
<b>Kein Bedarf an Steinkohle?</b>	<b>10</b>
<i>Kontroverse Debatte über Große Anfrage</i>	
<b>Modernes Gewand für den Naturschutz</b>	<b>11</b>
<i>Koalition bringt neues Landschaftsgesetz ein</i>	
<b>Wort und Widerwort</b>	<b>12</b>
<i>Welche Chancen bietet das Programm „Stadtumbau West“ für NRW?</i>	
<b>Dreimonatsfrist ist gefallen</b>	<b>13</b>
<i>„Immer mehr Menschen verstanden diesen Wahlausschluss nicht“</i>	
<b>Schule contra Lehre im Betrieb?</b>	<b>14</b>
<i>Anhörung zu Berufskollegs und zur dualen Ausbildung</i>	
<b>Landesweites Krebsregister</b>	<b>15</b>
<i>Experten diskutieren über Gesetzentwurf</i>	
<b>Blick in die Zukunft</b>	<b>16</b>
<i>Staatliche Kulturförderung vor einer Neuausrichtung?</i>	
<b>Was ist uns unser Wasser wert?</b>	<b>17</b>
<i>In NRW wird eine Rahmenrichtlinie der EU umgesetzt</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>18</b>
<b>Ergebnisse einer Studie zum Schulsport</b>	<b>19</b>
World Games 2005 – Finanzierung steht	19
<b>Auswirkungen von Hartz IV auf die Wohnungsmärkte</b>	<b>20</b>
Modellförderung des Landes	20
<b>Experten diskutieren über den neuen Landesbetrieb Forst</b>	<b>21</b>
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>
<b>Porträt der Woche: Antonius Rüsberg (CDU)</b>	<b>23</b>
Einsatz für Kinder von Tschernobyl	23
Impressum	23
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>

## Krisenstäbe für den Katastrophenfall

Der 11. September 2001 hat die Welt verändert. Nicht nur, dass die Vereinigten Staaten im eigenen Land von Terroristen angegriffen wurden, es an die 3.000 Tote gab, zwei der höchsten Gebäude der Welt zerstört wurden, sondern diese Anschläge warfen wichtige Fragen auch hier in Nordrhein-Westfalen auf: Sind die Rettungskräfte vorbereitet für eine solche Katastrophe im bevölkerungsreichsten Land Deutschlands? Wie wird die Rettung organisiert? Und dann zerstörte vor vier Wochen, am zweiten Weihnachtsfeiertag, das Seebeben in Asien, eine verheerende Naturkatastrophe, die weit über 220.000 Tote forderte, das Sicherheitsgefühl vieler Menschen in diesem Land.

Vor kurzem noch räumte das Innenministerium Mängel ein, nicht ausreichend für den Katastrophenschutz gewappnet zu sein. Schon bei 50 Verletzten käme der Rettungsdienst in den Kreisen und kreisfreien Städten bei einem größeren Schadensereignis an seine Grenzen. NRW hat ein besonderes Gefährdungspotential: viele Industrieanlagen dicht gedrängt an stark genutzten Verkehrswegen. Das muss bei der Gefährdungsanalyse berücksichtigt werden.

### ALARMIERT

Nordrhein-Westfalen ist längst alarmiert und hat reagiert. Mit einem Zukunftskonzept für den Katastrophenschutz, mit zusätzlichem Geld für Katastrophenschutzübungen, Fahrzeugen, Rettungscontainern, Vernetzung und Bildung von Krisenstäben, Gefährdungsanalysen und Informationsabwehrsystemen.

Die Fakten sprechen für sich: NRW hat die größte Dichte an Feuerwehrleuten. Es gibt 26 Berufsfeuerwehren mit 7.500 hauptamtlichen Kräften, 400 freiwillige Feuerwehren mit 80.000 ehrenamtlichen und 3.500 hauptamtlichen sowie 116 Werksfeuerwehren mit 5.500 Kräften. Dazu gehören 19.000 Kräfte der privaten Hilfsorganisationen.

Großereignisse stehen in NRW bevor: der Weltjugendtag in Köln im August diesen Jahres und die Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer 2006 (ein Viertel aller Spielstätten liegt in NRW). Noch im Dezember vergangenen Jahres diskutierte das Parlament über die Situation des Katastrophenschutzes im Land. Die landesweite Hilfe und Unterstützung bei Großschadensereignissen soll intensiviert werden, gefordert wurden die Vernetzung der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr, Vorsorgemaßnahmen für Industrieunfälle, Hochwasserlagen, Energieausfälle und Strahlenunfälle. Das Innenministerium reagierte mit Krisenmanagement und Krisenstäben. Nordrhein-Westfalen scheint auf dem richtigen Weg zu sein. **SH**

## Bundespräsident kam „per pedes“ Horst Köhler zum Antritts- besuch im Landesparlament

*Nicht mit der Staatskarosse und großem Begleittross – zu Fuß stattete Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler am 6. Dezember dem Landtag Nordrhein-Westfalen seinen Antrittsbesuch ab. Die wenigen Meter von der Staatskanzlei im Stadttor nutzte das Staatsoberhaupt bei strahlendem Sonnenschein zu einem kleinen Spaziergang zum Landtagsgebäude.*



Die Rolle der Politik in der Gesellschaft und die zukünftige Bedeutung der Landesparlamente waren Themen eines Gesprächs des Bundespräsidenten mit dem Präsidium und den Fraktionsvorsitzenden des Landtags.

Fotos: Schälte

Dort begrüßte Landtagspräsident Ulrich Schmidt seinen hohen Gast und sagte, er freue sich, „dem Menschen persönlich zu begegnen, der im Amt des Bundespräsidenten so unprätentiös auftritt und mit einer wohlthuend unverbrauchten Wortwahl in kürzester Zeit die Köpfe und die Herzen der Menschen in Deutschland erreicht hat. Gerade auch der Menschen in NRW, die lieber Tacheles als drum herum reden.“

Man sei, so Hausherr Schmidt nach einem kurzen Rundgang durch den Plenarsaal im Empfangsraum, stolz auf die Leistungen der Kumpel und Stahlkocher. NRW – das bedeute heute jedoch vor allem: moderne zukunftsweisende Technologien und Dienstleistungen, die dichteste Hochschullandschaft Europas, ein vielfältiges, international beachtetes Kultur- und Sportangebot und natürlich reizvolle, ja einzigartige Landschaften – von der Eifel bis zum Teutoburger Wald, vom Niederrhein bis zum Sauerland.

Nach dem Eintrag ins Gästebuch des Landtags bedankte sich der Bundespräsident für den freundschaftlichen Empfang: „Über 20 Jahre meines Lebens habe ich in Nordrhein-Westfalen verbracht und die Menschen lieben gelernt.“ Respekt und Dankbarkeit verspüre er gegenüber den „Malochern der Kohle- und Stahlzeit“, sie hätten viel bewegt. „Ein Geist, den wir heute wieder brauchen.“

Anschließend zog sich der Bundespräsident mit dem Präsidenten, den Vizepräsidenten und den vier Fraktionsvorsitzenden zu einem Gedankenaustausch über die Bedeutung der Landesparlamente in der Zukunft zurück. Thema war aber auch die Akzeptanz der Politik in der Gesellschaft.

Danach betonte der Bundespräsident, dass es zwar zurzeit „Mängel in der Politik“ gebe und der Ruf der Politiker nicht so gut sei. Doch dürfe man „nicht das Kind mit dem Bade ausgießen“.

vok



Herzlich Willkommen – Hausherr Ulrich Schmidt begrüßt Bundespräsident Horst Köhler vor dem Landtag.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger  
in Nordrhein-Westfalen!

Mit Entsetzen und Erschütterung haben wir alle die Nachrichten und Bilder von der Flutkatastrophe in Südostasien verfolgt. Unvorstellbares Leid und Zerstörung sind über die Menschen gekommen. Die Zahl der Opfer übersteigt unser Vorstellungsvermögen. Auch in Nordrhein-

Westfalen haben Menschen Angehörige verloren oder leben noch in furchtbarer Ungewissheit, weil sie noch nichts von ihnen gehört haben. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Familien. Wir fühlen mit ihnen.

Diese Katastrophe hat uns vor Augen geführt, dass wir in einer Welt leben. Angesicht der vielen Toten, der Millionen Menschen, die ihrer Angehörigen, ihres Obdachs und ihrer Zukunft beraubt wurden, ist es notwendiger denn je, dass die Welt zusammensteht. Wir dürfen den Moment, in dem alle Augen und alle Hilfe sich auf die von der Flut betroffenen Länder konzentrieren, nicht verstreichen lassen, ohne langfristige Hilfe für diese Gebiete zu etablieren. Es gilt nun, diese Katastrophe in Südostasien als eine Chance für die Zukunft einer gemeinsamen Welt zu nutzen.

„KATASTROPHE ZUR CHANCE WERDEN LASSEN“

Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen beteiligen sich mit erheblichen finanziellen Mitteln an der Nothilfe zur Unterstützung der Flutopfer, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Trinkwasseraufbereitungsanlagen in den Krisenregionen. Patenschaften für Länder, Regionen und Städte sind hier der richtige Weg, die Hilfe

konkret und nachvollziehbar werden zu lassen. Neben der staatlichen Hilfe ist aber auch eine private Hilfsbereitschaft zu verzeichnen, die bisher ohne Beispiel ist.

In den vergangenen Tagen haben schon viele Menschen in Deutschland und NRW ihr Herz geöffnet und bewiesen, dass sie solidarisch und hilfsbereit sind. Ob Einzelpersonen, Schulklassen, Sportvereine, Belegschaften von Betrieben und viele mehr – die Signale der persönlichen Unterstützung sind überwältigend. Dafür danke ich Ihnen sehr. Doch ich bitte Sie herzlich:

Lassen Sie in Ihrer Bereitschaft zu helfen nicht nach, damit der Wiederaufbau nicht ins Stocken gerät und die Menschen wieder eine Perspektive für eine lebenswerte Zukunft erhalten! Bewahren Sie sich dieses Mitgefühl auch für Länder, die nicht im Focus der Medienberichterstattung stehen, in denen es Millionen von Menschen unvergleichlich viel schlechter geht als uns!

Mein abschließender Dank gilt den Frauen und Männern unserer Hilfsorganisationen in NRW, die unter schwersten Bedingungen wichtige und lebensrettende Arbeit geleistet haben und noch leisten.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen bewundert Ihre Arbeit und ist stolz auf Sie!

Herzliche  
T. J. M.



Fahnen auf Halbmast – mit der Trauerbeflaggung gedachte der Landtag aller Opfer der vernichtenden Flutwelle, die am zweiten Weihnachtstag in Südostasien hunderttausende Menschen das Leben gekostet hat.

Foto: Schälte

## Nachgefragt: Ist NRW vorbereitet?

Mitglieder der Hilfsorganisationen aus NRW leisten im südostasiatischen Überschwemmungsgebiet vorbildliche Hilfe. Bei Großschadensereignissen hierzulande wäre das nicht anders. Aber stimmen dafür Ausrüstung und Strukturen – kurz: Wie ist NRW beim Katastrophenschutz aufgestellt?

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD): Die Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen ist auch für den nordrhein-westfälischen Katastrophenschutz eine wichtige Aufgabe. Seine Einsatzbereitschaft garantieren leistungsfähige Feuerwehren und Einheiten der Hilfsorganisationen. Dass dies zu einem ganz wesentlichen Teil an den vielen ehrenamtlich engagierten Helfern liegt, hat sich anlässlich der Flutkatastrophe in Südostasien wieder einmal erwiesen: Zahlreiche Freiwillige waren sofort bereit, unter hohem persönlichen Einsatz die Hilfe in den Katastrophengebieten zu unterstützen. Ihnen allen gilt unser Dank.

Das Land verstärkt die Einsatzeinheiten derzeit in der technischen Ausstattung. Wir stellen mindestens 30 Rettungscontainer im Wert von jeweils rund 250.000 Euro zur Verfügung. Deren Einsatz ist dann wichtig, wenn besonders viele Menschen verletzt wurden. Spätestens zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 wollen wir unser Konzept umgesetzt haben. Darüber hinaus werden in den Regierungsbezirken Großverbände aus Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren unter Beteiligung der Hilfsorganisationen zusammengestellt. All das zusammengenommen bedeutet: Der Katastrophenschutz in NRW ist gut aufgestellt!

# „Endlich seid ihr da!“

## Deutsche Katastrophenhelfer in Südostasien

„Nein, retten konnten wir niemanden mehr. Dafür waren wir zu spät. 72 Stunden nach solch einem Unglück sinken die Chancen rapide.“ Feuerwehrmann Uwe Becker aus Duisburg muss es wissen. Schließlich hat der Einsatzleiter des I.S.A.R. (International Search and Rescue), einem ehrenamtlichen Zusammenschluss von 20 Feuerwehrleuten aus Duisburg, Neuss und Moers, eine Menge Erfahrung, was Einsätze in Katastrophengebieten angeht. Aber das, was die 14 Retter aus NRW zum Jahresbeginn auf Phuket/Thailand erlebten, geht auch „alten Hasen“ an die Nieren.

Teilweise haben unsere drei Suchhunde gar nicht mehr aufgehört zu bellen. Die Fundstellen wurden nur noch markiert, damit das Militär die Leichen bergen konnte.“ Alles andere als eine leichte Aufgabe für die Helfer. „Wir haben viele, unsäglich traurige Gespräche geführt.“ Trotzdem, so Becker, habe sich der siebentägige Einsatz gelohnt: Die Freiwilligen suchten nach Ausweisdokumenten und leisteten gemeinsam mit anderen erste Hilfe. Die deutsche Fahne über dem Basicamp wirkte wie ein Magnet auf unsere Mitbürger. „Endlich seid ihr da!“, scholl es den Rettern 180 Kilometer entfernt von der deutschen Botschaft immer wieder entgegen. Die Schulter zum Anlehnen und das Wissen der Betroffenen, dass deutsche Helfer im Katastrophengebiet sind, gab diesen Kraft.

Bereits einen Tag nach Weihnachten hatte sich ein erstes Team von Feuerwehrleuten, Sanitätern und DLRG-Rettern aus dem Bezirk Düren ins thailändische Khao Lak aufgemacht und dort als erstes internationales Team die örtlichen Rettungskräfte eine Woche verstärkt. Letzten Montag machte sich ein weiteres Team auf. Insgesamt sind derzeit weit über 120 Menschen aus Nordrhein-Westfalen bei verschiedenen Hilfsorganisationen im Krisengebiet im Einsatz. Hinzu kommen etliche Privatinitiativen.

### TRINKWASSER

Das größte Kontingent stellt das Technische Hilfswerk (THW) mit etwa hundert Einsatzkräften in Thailand und Indonesien. Hauptaufgaben sind die Trinkwasseraufbereitung und Brunnen-Rehabilitation. Das DRK NRW ist mit derzeit 14 Helfern in Sri Lanka und Indonesien. Neben der Trinkwasseraufbereitung sind sie mit dem Aufbau

von Feldlazaretten und Ambulanzen beschäftigt. Auch der Malteser Hilfsdienst hat sechs Experten in Indien, Sri Lanka und Indonesien. Bereits wieder zurück sind die beiden Ärzte und zwei Rettungsassistenten, die im Auftrag des Auswärtigen Amtes in Phuket/Thailand waren. Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) ist seit kurzem in Sri Lanka, um dort „Wiederaufbau-Projekte zu evaluieren“. Die Mehrzahl der Helfer in Südostasien ist nicht aus Europa, da lokale Helfer die Projekte auch längerfristig betreuen können.

Denn auf Dauer werden die Katastrophenschützer in NRW benötigt. Insgesamt sind hier fünf Hilfsorganisationen aktiv: das Deutsche Rote Kreuz, die DLRG, die Johanner, Malteser sowie der Arbeiter-Samariter-Bund. Sie gliedern sich auf in 288 Einsatzeinheiten mit insgesamt 18.000 freiwilligen Helfern. Darüber hinaus stehen 80.000 ehren- und 13.000 hauptamtliche Feuerwehrleute zur Verfügung.

Eine stattliche Zahl – sicher. Trotzdem kämpfen die Hilfsorganisationen um Nachwuchs. Arbeitsmarktsituation und demographischer Wandel hinterlassen Spuren bei den Mitgliederzahlen. Ebenfalls rückläufig ist die Bereitschaft von freiwilligen Helfern, Einsätze im Ausland zu begleiten. Es gibt zwar gesetzliche Grundlagen, die regeln, dass Mitarbeiter von Hilfsorganisationen für die Dauer ihres Einsatzes freigestellt werden müssen, aber die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes rückt immer mehr in den Vordergrund.

Der Landes-Etat für den Katastrophenschutz wurde seit 2000 annähernd verdreifacht – von 6,2 auf 15,6 Millionen Euro im Jahr 2004. In 2005 stehen nach Umschichtungen voraussichtlich 17 Millionen zur Verfügung.

Davon entfallen etwa vier Millionen auf Zuschüsse für Übungen, Ausbildung und Verwaltung der privaten Hilfsorganisationen. Erst im Dezember hatte NRW den privaten Hilfsorganisationen 117 Autos und 100 Anhänger im Wert von 4,7 Millionen Euro übergeben, 2005 sind 5,6 Millionen für neue Fahrzeuge eingeplant. Für die Kosten für Verdienstausschlag, Betriebsstoff und die Verpflegung bei Einsätzen der Großverbände stellt das Land 2005 erstmals eine Million Euro bereit. Zudem erhält der Katastrophenschutz Mittel aus dem Feuerschutz-Etat.

## „Die Welt ist zusammengerückt“

### Ausschuss informiert sich über sinnvolle Verwendung der Spendengelder

Durch die internationale Hilfsbereitschaft nach dem Seebeben in Südostasien ist die Welt mehr zusammengerückt“, erklärte Ute Koczy (GRÜNE), Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik bei dessen Sitzung am 19. Januar. Die Abgeordneten bedankten sich einmütig für die herausragende Spendenbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger.

„Wichtig ist jetzt, dass die Spendengelder in konkrete Hilfe umgewandelt werden“, betonte Staatssekretärin Miriam Meckel. Deshalb sei die Hauptaufgabe des Landes NRW vor allem die Moderation und Koordination der zahlreichen Angebote von Hilfsorganisationen. „NRW kann dabei auf ein gut strukturiertes Netzwerk zurückgreifen, damit die Spenden direkt in konkrete Hilfe umgesetzt werden können“, so Umweltministerin Bärbel Höhn. Als Soforthilfe hat die Staatskanzlei NRW dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) 500.000 Euro zum Kauf einer Trinkwasseraufbereitungsanlage zur Verfügung gestellt. Diese ist in Indonesien im Einsatz. **va**

# „Wir brauchen zentrale Krisenstäbe“

## Interviews mit den innenpolitischen Sprechern

*Ist das Land Nordrhein-Westfalen für mögliche Katastrophen gewappnet? Auf die Tagesordnungen gelangt diese Frage oftmals leider erst dann, wenn irgendwo in der Welt wieder etwas passiert – siehe die verheerende Flutkatastrophe in Südasien. Über die derzeitige Situation im Bereich des Katastrophenschutzes in NRW sprach Landtag intern mit den innenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen: Jürgen Jentsch (SPD), Theodor Kruse (CDU), Horst Engel (FDP) und Monika Düker (GRÜNE).*

**Nordrhein-Westfalen stehen mit dem Weltjugendtag 2005 und der Fußballweltmeisterschaft 2006 zwei Großveranstaltungen ins Haus. Ist das Land im Hinblick auf mögliche Zwischenfälle organisatorisch und technisch gerüstet?**

**Jentsch:** Wir haben uns im letzten Jahr im Rahmen einer Anhörung mit allen Rettungsteams und der Feuerwehr darüber informiert, wie sich die Situation in NRW darstellt. Hier wurde deutlich, dass wir im Grunde auf einem guten Weg sind. Das Innenministerium hat seine Abteilung Gefahrenabwehr umgebaut. Seitdem findet ein enger Austausch zwischen der Landesregierung, der Landesfeuerwehr und den einzelnen Hilfsrettungsdiensten statt. So werden beispielsweise regelmäßig gemeinsame Übungen abgehalten. Darüber hinaus investiert die Landesregierung allein in diesem Jahr nochmals 15,6 Millionen in den Katastrophenschutz. Hiervon werden unter anderem die Rettungsdienste mit neuen Gerätschaften, Fahrzeugen etc. ausgestattet. Ich gehe davon aus, dass wir zum Ende des Jahres hochmodern aus-

gestattete Rettungsdienste haben werden. Zudem ist die Anschaffung von weiteren 20 mobilen Rettungscontainern vorgesehen. Jeder dieser Container enthält

das Equipment für ein Lazarett, in dem bis zu 25 Schwerverletzte versorgt werden können.

**Kruse:** Die Plenardebatte im Dezember hat verdeutlicht, dass wir in NRW nicht gerüstet sind. Der Innenminister musste zugestehen, dass schon bei einer Anzahl von 50 Verletzten der Rettungsdienst in NRW an seine Grenzen stößt. Hier besteht Nachholbedarf. Wir haben in NRW eine unkoordinierte Vielfalt an unterschiedlichen Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz. Die Koordination dieser Organisationen muss dringend auf den Weg gebracht werden. Wir brauchen abgestimmte Konzeptionen in den einzelnen Bezirksregierungen mit den Kreisen und Kommunen. Darüber

hinaus brauchen wir Krisenstäbe für Großschadensereignisse. Rot-Grün hat einen Antrag eingebracht, in dem sie die Landesregierung auffordert, eine so genannte Gefahrenanalyse zu erstellen. Diesen Antrag unterstützen wir im Kern. Was wir vermissen ist ein Hinweis auf den Zeitraum, in dem die Analyse fertig gestellt sein soll. Dabei muss klar sein, dass die Ergebnisse noch in diesem Jahr vorgelegt werden müssen.

**Engel:** Es muss differenziert werden: Rettungsdienst und Katastrophenschutz in NRW sind auch bei Großereignissen wie dem Weltjugendtag in Köln und im Rhein-Erft-Kreis sowie der Fußball-WM generell in der Lage, die schnelle und angemessene Versorgung der Besucher zu gewährleisten. Kommt es jedoch dabei zu einem Katastrophenszenario mit hunderten Verletzten und Toten, kann es Probleme geben. Dann wird es sich rächen, dass in den letzten Jahren der Bereich des Feuer- und Katastrophenschutzes von der rot-grünen Landespolitik finanziell vernachlässigt worden ist und ein ganzheitlicher Ansatz für einen funktionsfähigen Katastrophenschutz fehlt. Die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr hat dadurch erkennbar Schaden er-

litten. Das hat auch eine Großübung in Wesseling im letzten Sommer gezeigt, bei der die letzten Hilfskräfte nach zwei Stunden kamen. Ursache war die mangelnde technische Ausstattung beim THW. Es gibt also zum Teil gravierende Mängel bei der Ausstattung, der Ausbildung und der Führungsfähigkeit der Verbände.

**Düker:** Ja, denn mit dem von Rot-Grün eingebrachten Antrag haben wir zwei Dinge auf den Weg gebracht: Das eine ist die Vernetzung der einzelnen Institutionen im Katastrophenfall – Stichwort Krisenstäbe einrichten. Die Abstimmung zwischen den privaten Hilfsorganisationen, den Städten, den Kreisen, dem Land und dem Bund muss im konkreten Fall vernünftig funktionieren. Das andere ist die Erstellung von Gefahrenanalysen und die Abschätzung von Gefährdungspotentialen. Die Landesregierung hat bereits reagiert. So hat das Innenministerium die Einrichtung von Krisenstäben per Erlass auf den Weg gebracht. Auch die Ergebnisse der Gefahrenanalyse sind



Jürgen Jentsch (SPD)



Theodor Kruse (CDU)

wohl noch in diesem Jahr zu erwarten. Damit sind wir, was den Weltjugendtag und die Fußball-WM betrifft, aus meiner Sicht gut gewappnet. Ich möchte jedoch auf ein ganz anderes, zeitlich nicht eingrenzbares Gefahrenpotential hinweisen, nämlich auf den Klimawandel und die daraus möglicherweise resultierenden Hochwasserkatastrophen. Für solche Fälle muss NRW, nicht nur mit Blick auf den Kohleabbau am Niederrhein, Szenarien durchspielen, bei denen es beispielsweise auch um die Evakuierung von hunderttausenden von Menschen geht.

**Welche Rolle nehmen die zahlreichen privaten Hilfsorganisationen beim Katastrophenschutz ein? Wie ist die Vernetzung und Kommunikation untereinander und mit Polizei, Feuerwehr und Rettungsbehörden?**

**Jentsch:** Zunächst einmal spielen sie eine wichtige Rolle. Wir haben mittlerweile eine ganze Reihe von Städten und Kreisen, die so genannte MANV-Konzepte, also Konzepte für den



Monika Düker (GRÜNE)

Fotos: Schälte

„Massenanfall von Verletzten“, aufgestellt haben, in denen, je nach Größe und Ausmaß des Ereignisses, genau geregelt ist, wer welche Aufgaben übernimmt und welches Rettungsgerät von welcher Stelle zur Verfügung gestellt wird. Glücklicherweise gibt es heute kein Konkurrenzdenken mehr unter den einzelnen Hilfsorganisationen. Was zählt ist der Gedanke, gemeinsam Menschen zu helfen. Ich glaube, dass es bis Ende des Jahres flächendeckend diese MANV-Konzepte geben wird. Schließlich sind wir auch durch die erwähnten Großereignisse in NRW an klare Zeitvorgaben gebunden.

**Kruse:** Wir sind außerordentlich froh, dass wir in NRW eine bunte Vielfalt an privaten Hilfsorganisationen haben, die zudem mit einem hohen Anteil von ehrenamtlichen Kräften ausgestattet sind. Insgesamt sind mehr als 100.000 Menschen in NRW in diesem Bereich ehrenamtlich tätig. Das ist eine erfreuliche und tolle Zahl. In einem Fachgespräch, das die CDU-Fraktion vor eineinhalb Jahren mit

diesen ehrenamtlich tätigen Organisationen geführt hat, wurde deutlich, dass die Hilfskräfte die Arbeit gerne machen. Gleichzeitig erwarteten sie jedoch von der Landesregierung, dass sie mit abgestimmten Konzepten für eine bessere Koordination der Organisationen untereinander sorgt. Daran mangelt es bislang.

**Engel:** Trotzdem ist es bewundernswert, dass hunderttausende von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den einzelnen Hilfsorganisationen und bei der freiwilligen Feuerwehr unermüdlich und zum Teil unter Einsatz ihrer eigenen körperlichen Unversehrtheit ihren Dienst verrichten. Hierzu gebührt den Helfern unser großer Dank. Aber es muss gerade bei der Vernetzung und Kommunikation der Standard deutlich verbessert werden. Als unrühmliches Beispiel gelten einmal mehr die Verzögerungen bei der Einführung des Digitalfunks.

**Düker:** Die privaten Hilfsorganisationen sind eine ganz wichtige Säule im Katastrophenschutz. In einem Atemzug ist hier natürlich auch die Vielzahl von ehrenamtlich Tätigen zu nennen, ohne die wir einen funktionierenden Katastrophenschutz gar nicht gewährleisten könnten. Von daher liegt es auf der Hand, dass die privaten Organisationen in die eingangs erwähnten Krisenstäbe mit integriert werden müssen. In dem Zusammenhang möchte ich nochmals betonen, wie dringend wir den Digitalfunk brauchen. Das ist zum Beispiel ein wichtiges Mittel, um künftig alle Organisationen und Behörden miteinander vernetzen zu können.

**Muss die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beim Zivil- und Katastrophenschutz reformiert werden?**

**Jentsch:** Land und Kommunen sind sich beim Thema Kompetenzverteilung im Grundsatz einig. Das Problem ist der Bund, der sich bereits vor Jahren aus dem Katastrophenschutz zurückgezogen hat. Der Bund ist nicht bereit, zu seinen Finanzierungszusagen zu stehen. Daraus ergeben sich erhebliche finanzielle Nachteile für NRW. Es gibt jedoch auch Positives zu berichten: Der Bund hat jetzt in Bonn eine zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet, die bei Großschadensereignissen die

länderübergreifende Steuerung der Hilfsmaßnahmen übernehmen soll.

**Kruse:** Ich plädiere für einen kooperativen Föderalismus. Großschadensereignisse wie beispielsweise Hochwasserkatastrophen machen oftmals nicht an Ländergrenzen halt. Von daher brauchen wir eine länderübergreifende abgestimmte Konzeption. Da stoßen wir derzeit an eine problematische Rechtslage: Für den Katastrophenschutz und für Großschadensereignisse sind die Länder und Kommunen zuständig, für den Zivilschutz der Bund. Diese problematische Rechtslage müssen wir überwinden. Wir brauchen ein länderübergreifendes Zusammenwirken der unterschiedlich aktiven Hilfsorganisationen.

**Engel:** Sicherheit aus einer Hand ist hier die Forderung der FDP. Es muss endlich das Durcheinander beseitigt werden, welches durch das Nebeneinander verschiedener gesetzlicher Zuständigkeiten entstanden ist. Bei einem Anschlag von außerhalb Deutschlands ist die Bundesregierung zuständig. Bei einem Unglücksfall hierzulande wird der Katastrophenschutz auf kommunaler Ebene organisiert. Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind Sache der Kreise, Feuer- und Katastrophenschutz die der Kommunen, und die Einbindung der Polizei läuft eigen-



Horst Engel (FDP)

ständig nebenher. Die dadurch entstehenden Reibungsverluste sind augenscheinlich und müssen in einer neuen Sicherheitsarchitektur beseitigt werden.

**Düker:** Die Trennung von Katastrophenschutz und Zivilschutz ist aus meiner Sicht längst überholt. Spätestens seit dem 11. September 2001 wissen wir, dass beides nicht mehr voneinander abzugrenzen ist. Diese Unterscheidung stammt noch aus Zeiten des Kalten Krieges. Ich glaube, wir brauchen eine neue Definition und damit auch eine Neuverteilung der Zuständigkeiten. Im Grunde könnte man den Zivilschutz in die Länderkompetenz mit eingliedern. Dafür ist eine neue gesetzliche Grundlage vonnöten.

*Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.*

## Auf neue Bedrohungen vorbereitet?

### Debatte über Situation des Katastrophenschutzes im Land

*In einer der letzten Plenarsitzungen im alten Jahr hat der Landtag auf Antrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/6311 neu) darüber diskutiert, den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in NRW weiter auszubauen. Dass die Menschen bei Großschadensereignissen noch besser geschützt werden müssen, darüber waren sich Koalition und Opposition einig. Differenzen gab es dagegen bei den Maßnahmen und Mitteln, wie der Nachholbedarf schnell und wirkungsvoll aufzuarbeiten ist.*

Schöne Bescherung für die privaten Hilfsorganisationen im Land: Kurz vor Weihnachten übergab in Düsseldorf die Landesregierung 117 Betreuungskombis und 100 Anhänger an Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfallhilfe und Malteser Hilfsdienst. Zusammen mit den Rettungscontainern, die in Kürze angeschafft werden und von denen jeder eine viertel Million Euro kostet, rüstet sich das Land für die Herausforderungen des Katastrophenschutzes.

Jürgen Jentsch (SPD) dankte wie andere Sprecher auch den Mitgliedern der Hilfsorganisationen für ihr unentgeltliches und ehrenamtliches Engagement. Zusammen mit Polizei, Berufsfeuerwehren und dem Technischen Hilfswerk seien sie das Rückgrat des Katastrophenschutzes. In NRW habe man seine Hausaufgaben gemacht, betonte Jentsch und räumte ein, „das heißt aber nicht, dass wir nicht besser werden können“. Die optimale Zusammenarbeit aller Organisationen sei die notwendige Voraussetzung, um ein reibungsloses Funktionieren im Ernstfall zu gewährleisten. Dazu sei auch „ein noch besser abgestimmtes landesweites Netzwerk aller Aufgabenträger“ notwendig. Auch sei eine noch intensivere Abstimmung der Gefahrenabwehrsysteme zwischen dem Bund, den Ländern und den Hilfsorganisationen zu erreichen.

Monika Düker (GRÜNE) stellte fest, um erfolgreich Großschadensereignisse bekämpfen zu können, müssten Gefahrenanalysen erstellt, Gefährdungspotentiale besser eingeschätzt und die Zusammenarbeit optimiert werden. In diesem Zusammenhang nannte sie als Beispiel die Gefahr von Hochwassern, die durch Bodenabsenkungen in Folge des Steinkohleabbau unter dem Rhein auftreten könnten: „Ohne Katastrophen an die Wand malen zu wollen: Auf diese Situation muss sich auch der Katastrophenschutz einstellen.“ In Hinblick auf kommende Großereignisse – hier erwähnte sie den geplanten Weltjugend-

tag und die Fußballweltmeisterschaft – müssten Bevölkerungs- und Katastrophenschutz gewappnet sein.

Klaus Stallmann (CDU) zeigte sich überrascht: Viele der im Antrag genannten Sachverhalte seien bekannt und müssten „im Sinne eines wirksamen Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen längst erledigt sein“. Damit bestätige der Antrag, dass noch vieles im Argen liege. Stallmann ging auf die Erkenntnisse einer Großübung vom Juni ein und stellte unter anderem fest, dass es vor allem im Gesundheitssystem noch vieles zu verbessern gebe. Die Ausrüstung der Hilfsorganisationen sei nicht auf dem neuesten Stand, das Zusammenspiel aller Kräfte sei zu bündeln. Aber: „Für Ankündigungen und Forderungen ist die Zeit davongelaufen. Wir müssen zum Abschluss kommen. Wir erwarten in den Beratungen im Ausschuss verbindliche Zeitangaben und Ergebnisse.“

Horst Engel (FDP) richtete das Augenmerk auf die komplizierten Zuständigkeiten im Katastrophenfall zwischen Bund, Ländern und kommunaler Ebene. Hinzu komme, dass seit ein paar Jahren im Land NRW die Politik den Feuer- und Katastrophenschutz vernachlässigt habe. Engel vermisste einen ganzheitlichen Ansatz für einen funktionsfähigen Katastrophenschutz im Land. Erst jetzt, kurz vor wichtigen Großereignissen, werde versucht, „durch hektische Betriebsamkeit die durch jahrelanges absichtliches Weggucken

entstandene Misswirtschaft zu verdecken“. Aber dabei entstehe durch bloße „Verbalkosmetik“ lediglich ein „sicherheitspolitischer Flickenteppich“. Viel wichtiger sei, „dass endlich das Durcheinander beseitigt wird, welches durch das Nebeneinander verschiedener gesetzlich begründeter Zuständigkeiten entstanden ist“.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) wies die Wertung durch CDU und FDP als unzutreffend zurück. Die Ausstattung der Hilfsorganisationen und Feuerwehren sei inzwischen „angemessen, Entwicklungsbedarf sehe ich vor allem beim überörtlichen und beim landesweiten Zusammenwirken“. Der Minister kündigte Vorschläge für eine einheitliche Struktur von Krisenstäben für Kreise, kreisfreie Städte und Regierungsbezirke an. Für einen leistungsfähigen Katastrophenschutz brauche man in NRW Großverbände aus Feuerwehren und Hilfsorganisationen – aber keine Gesetzesänderung: „Wir sind allein in der Lage, mit diesen Situationen fertig zu werden.“

Theodor Kruse (CDU) fand im Gegensatz dazu, die vorhandene Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern werde den heute vorstellbaren Bedrohungen nicht mehr gerecht. Solche Kompetenzkonflikte hätten „un glaubliche organisatorische Reibungsverluste“ zur Folge. Darum seien die Rechtsvorgaben den heutigen Herausforderungen anzupassen.

## Opposition fordert Bekenntnis Mittel für Jugendsozialarbeit im Brennpunkt

*Die Union sieht die Jugendsozialarbeit durch die rot-grüne Politik in den letzten Jahren immer mehr in ihrer Existenz bedroht. Dabei leiste sie einen Beitrag zum Ausgleich sozialer Benachteiligung und zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen junger Menschen. Darum solle der Landtag die Landesregierung auffordern, ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Jugendsozialarbeit als wichtigen Bestandteil der Jugendhilfe abzulegen, forderte die CDU in ihrem Antrag (Drs. 13/6333), den der Landtag an den federführenden Jugendausschuss überwiesen hat.*

**Bernhard Tenhumberg** (CDU) lobte die guten Grundsätze, die die Landesregierung in Sachen Jugendförderung in „geschönten Publikationen“ verbreite. Denen stünden allerdings die tatsächlichen Verhältnisse entgegen. Schon bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2004/2005 seien drastische Kürzungen beschlossen worden, „die die Aktivitäten und die Qualität der Jugendsozialarbeit stark schädigen“, wie der Sprecher betonte. So klappten die Versprechungen und die Taten weit auseinander. Tenhumberg: „Diese Regierung ist auch in der Jugendpolitik kein verlässlicher Partner, und das ist besonders schlimm für unsere benachteiligten Jugendlichen: Ihnen werden Zukunftschancen geraubt.“ Man müsse zurück zu einer Förderpolitik in der Jugendsozialarbeit, die sich am Wohl der benachteiligten Jugendlichen orientiere.

**Bernd Flessenkemper** (SPD) fand: „Der Antrag gibt nicht viel her.“ Und er habe wenig mit Jugendsozialarbeit zu tun. Denn es gehe nicht um berufliche Ausbildung und Qualifizierung, wie die CDU schreibe, sondern „um

die Vermittlung von sozialen Fertigkeiten, beispielsweise um die Stärkung des Selbstbewusstseins, um Basisqualifikationen wie Problemlösungskompetenz, Teamfähigkeit und Ähnliches“. Er wolle nicht verschweigen, dass im Jahr 2004 den Betroffenen im Bereich der Jugendsozialarbeit generell eine Absenkung der Mittel zugemutet worden sei, „aber Ihre Einschätzung, dass es einen konstanten Abbau gegeben hätte, ist einfach nicht nachvollziehbar“. Die SPD stehe nach wie vor zur Zusage eines konstruktiven Dialogs mit allen Beteiligten über die zukünftige Förderung.

**Dr. Daniel Sodenkamp** (FDP) unterstützte das Anliegen des CDU-Antrags. Es gehe hier um ein klares Bekenntnis zur Jugendsozialarbeit. Die Kürzungen, die Rot-Grün auch für 2005 plane, seien ein falsches Signal. Die Verbesserungen für 2006 seien nicht glaubwürdig. Damit werde etwas versprochen und ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft ausgestellt. Jugendsozialarbeit nehme in ihrer Bedeutung eher zu als ab, betonte der Sprecher, darum habe die FDP seriös gegenfinanzierte Vorschläge gemacht, um diese

Kürzungen zu vermeiden. Aber sie seien angesichts der großen Löcher im Haushalt abgelehnt worden.

**Sybille Haußmann** (GRÜNE) konterte: „Wir haben die Jugendsozialarbeit im Rahmen des Landesjugendplans und des Jugendförderungsgesetzes immer gefördert.“ Also sei das geforderte Bekenntnis überflüssig. Ab 2006 stünden wieder 96 Millionen Euro zur Verfügung, das habe Gesetzeskraft und sei als Garantieerklärung im Bereich der Jugendarbeit bundesweit einmalig. In den Jahren 2004 und 2005 werde „durch eine flexible Mittelbewirtschaftung dafür gesorgt, dass keine Strukturen zerstört werden“. Im Übrigen bestreite keiner die Forderung, ab 2006 die Mittel wieder zu erhöhen – „aber wir werden es dem neuen Parlament und den Diskussionen mit den Trägern überlassen müssen, wie man die Mittel für 2006 sinnvoll verteilt und steuert“.

**Jugendministerin Ute Schäfer** (SPD) erklärte, der Ansatz für die Jugendsozialarbeit werde 2005 gegenüber 2004 nicht gekürzt, „denn die Jugendsozialarbeit im Land Nordrhein-Westfalen erfüllt eine zentrale Aufgabe bei der Integration von sozial benachteiligten jungen Menschen. Ohne ihre Hilfestellung würden viele Jugendliche den Übergang von der Schule in den Beruf nicht schaffen“. Das nehme die Landesregierung sehr ernst; schon seit den 50er Jahren sei die Förderung dieses Handlungsfeldes ein fester Bestandteil des Landesjugendplans. Bis 2002 seien die Mittel kontinuierlich erhöht worden, betonte die Ministerin. Die Absicherung dieser Arbeit sei nicht nur Aufgabe des Landes, hier trügen auch die Kommunen Verantwortung. Es dürfe auf örtlicher Ebene im Zuge der Umsetzung der Hartz-Gesetze dabei nicht zu Kürzungen kommen, mahnte Schäfer.

**Spitzengespräch beim Landtagspräsidenten:** Drei Fraktionsvorsitzende und ein amtierender Parlamentarischer Geschäftsführer erörterten die geplanten Neuregelungen bei den Verhaltensregeln für Abgeordnete. Ziele sind dabei die Aufnahme einer klaren Rechtsgrundlage in das Abgeordnetengesetz und weitergehende Anzeigepflichten der Abgeordneten. Unser Bild zeigt im Uhrzeigersinn: Sylvia Löhrmann (GRÜNE, mit dem Rücken zur Kamera), Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron, Heinz Hardt in Vertretung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Jürgen Rüttgers, sowie von der Landtagsverwaltung den Leitenden Ministerialrat Ernst Becker und Landtagsdirektor Peter Jeromin.

Foto: Schälte



# Kein Bedarf an Steinkohle?

## Kontroverse Debatte über die Große Anfrage der FDP

*Nordrhein-Westfalen braucht in Zukunft eine sichere Energieversorgung – abgestimmt auf den Klimaschutz und basierend auf einem Energiemix. Bis dahin waren sich die Vertreter aller Fraktionen noch einig. Wie sollte ein solcher Energiemix aber aussehen, welche Rolle spielen Steinkohle, erneuerbare Energien und die Kernenergie? Die Antwort der Landesregierung (Drs. 13/5663) auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion (Drs. 13/5280) war Anlaß zu einer grundlegenden Debatte.*

Dr. Gerhard Papke (FDP) warf der Koalition vor, sie gefährde die „fundamentale Zielsetzung der sicheren Energiepolitik zu wettbewerbsfähigen Preisen“ durch eine Politik, die Klientelinteressen bediene und sich in ideologischen Verirrungen verliere. Im Zuge einer „Energiewende“ setzte er auf Braunkohle, Erdgas, Kernenergie und erneuerbare Energien. „Dafür brauchen wir nur keine nordrhein-westfälische Steinkohle mehr“, kritisierte er, dass 80 Milliarden Euro an Subventionen „verpulvert“ wurden – um 100.000 Arbeitsplätze abzubauen. Was der SPD die Steinkohle, so Papke, sei den Grünen die Windkraft. Dabei liege der Beitrag der 2.200 Windindustrieanlagen an der Stromversorgung bei nur 1,5 Prozent. „Sie haben kein Konzept, wie der Ausfall von 30 Prozent bei der Nettostromversorgung, den momentan die Kernkraftwerke leisten, kompensiert werden soll.“ Die Welt werde nicht sicherer, wenn man die sichersten Kernkraftwerke der Welt abschalte.

Werner Bischoff (SPD) betonte, „es ist keine Steinkohle verpulvert worden, sondern Steinkohle ist verstromt worden zur Schaffung von Energie in diesem Land“. Der Zustimmungsgrad dafür liege bei 80 Prozent, mahnte Bischoff an. Und auch bezüglich der Atomkraft solle die Opposition einmal die Umfragewerte zur Kenntnis nehmen. Kompromissbereitschaft signalisierte Bischoff mit Blick auf die



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Werner Bischoff (SPD)

Fotos: Schälte

Christian Weisbrich (CDU)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dr. Axel Horstmann (SPD)

„geht auf keinen Fall auf.“ Genauso wenig wie „der zweite Hoffnungsträger der Landesregierung, das Gas“, das auf Sicht „eine

Kern- und Reaktorforschung: „Es ist ein großes Risiko, dass dieser Teil in diesem Land forschungspolitisch unter so schwierigen Bedingungen stattfindet.“ Ansonsten müsse man mit Innovationen den Wirkungsgrad der Kraftwerke erhöhen. Der liege übrigens bereits heute mit 38 Prozent weltweit über dem Durchschnitt.

Christian Weisbrich (CDU) konterte, die Landesregierung habe kein Konzept für eine Energiepolitik, „die der Vorrangstellung Nordrhein-Westfalens als Energieland gerecht wird“. Es werde von einer Steigerung des Anteils regenerativer Energieträger von heute neun auf wenigstens 20 Prozent fantasiert und vermutet, der Erdgasanteil könne um 10 bis 15 Prozent steigen. „Diese Rechnung“, so Weisbrich,

völlige Abhängigkeit von Russland“ bedeute. „Was wir brauchen“, so sein Appell, „ist, dass alle Optionen für Energieträger und Technologien offen bleiben.“

Reiner Priggen (GRÜNE) bezeichnete den Entschließungsantrag schlicht als „in der Sache eine Katastrophe“. Er enthalte nicht nur nicht ein Wort von Klimaschutzpolitik, sondern sei „in vielen Teilen Wolkenschieberei“. „Wollen Sie den weltweiten Export von Nukleartechnik verantworten“, verteidigte er den Atomausstieg: „Ich bin mit dem Kollegen Bischoff oft über Kreuz, was die Kohle angeht. Aber bevor ich mit Ihnen in einer Ampel den ersten Reaktor mache, mache ich mit ihm lieber ein Bergwerk auf Dauer.“ Sein Rezept für Klimaschutz und eine zukunftsfähige Energiepolitik ohne Atomenergie stellte er als ein nach vorn gerichtetes Energieszenario aus Primärenergieträgern fossiler Art und erneuerbaren Energien dar.

Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) begrüßte die Debatte am Ende eines Jahres voller wichtiger Entscheidungen in diesem Politikfeld. Allerdings seien Landesregierung und Koalitionsfraktionen „die Einzigen, die mit einem energiepolitischen Konzept angetreten sind“. Optionen offen halten reiche zum Regieren nicht aus. Die Entwicklung zeige, dass man mit der Steinkohlevereinbarung bis 2012 eine gute Grundlage geschaffen habe, um auch die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft sicher zu stellen. „Die Kernenergie führt nicht aus der derzeitigen Thematik heraus“, verwies er neben grundsätzlichen politischen Überlegungen darauf, dass bis 2020 ein großer Teil der Kraftwerkskapazität erneuert werden müsse. „Es ist nicht die Stunde einer neuen Debatte über die in Deutschland einzusetzenden Primärenergieträger, sondern es ist die Stunde der Entscheidung über konkrete Investitionen.“

# Modernes Gewand für den Naturschutz

## Koalition bringt neues Landschaftsgesetz ein

*Das Bessere ist des Guten Feind. Das dachten sich die Fraktionen von SPD und Grünen und brachten eine Novelle des Landschaftsgesetzes auf den Weg – der Modernisierung des Naturschutzes wegen. Bevor der Entwurf in den Ausschüssen diskutiert wird, gab es Ende vergangenen Jahres im Plenum Gelegenheit zu einem ersten Meinungsaustausch. Die Opposition mahnte Akzeptanz und keinen Schnellschuss an.*



Die Rheinschifffahrt kann aufatmen – Unterhalt und Ausbau dieser Wasserstraße sollen nicht als Eingriff in Natur und Landschaft gelten. Andernfalls wären zum Ausgleich des Eingriffs Kompensationsmaßnahmen erforderlich geworden. Unser Bild zeigt ein Frachtschiff in Höhe des Düsseldorfer Hafens.

Foto: Schälte

Dr. Georg Scholz (SPD) legte Wert auf die Feststellung, man betreibe in NRW seit Jahrzehnten eine „erfolgreiche Industrie- und Wirtschaftspolitik unter Berücksichtigung der Interessen von Natur und Wirtschaft“. Beleg dafür sei auch der Naturreichtum in insgesamt 2.500 Naturschutzgebieten. Auf Erfolgen dürfe man sich jedoch nicht ausruhen: „Die Möglichkeit, aber auch die Notwendigkeit zur Bilanzierung und Weiterentwicklung ergibt sich aus dem 2002 erneuerten Bundesnaturschutzgesetz“, so Scholz. Mit dem vorgelegten Entwurf greife man aber nicht nur die Bundesvorgaben auf, man nutze die Änderung des Landschaftsgesetzes auch, „um wichtige landespolitische Akzente zu setzen“. Wichtigstes Instrument dabei sei die Eingriffsregelung, die in diesem Zusammenhang weiterentwickelt aber auch flexibler gemacht werde.

Reiner Priggen (GRÜNE) konkretisierte: „Wir hatten umfangreiche Diskussionen, dass Maßnahmen zur Erhaltung der Schiffbarkeit des Rheins nicht als Eingriff gelten. Das setzen wir um.“ Als Eingriff hingegen sollen demnächst Weihnachtsbaumkulturen über 0,3 Hektar gelten. Und auch bei Windkraftanlagen ist eine Neuerung geplant. Die Einführung des Ökokontos ermögliche es künftig, dass Kompensation nicht nur direkt vor Ort, sondern auch in der naturräumlichen Region möglich sei. Bei den Beiräten habe man durch Auf-

nahme von Sportverbänden und Imkern auf Seite der Naturnutzer eine sinnvolle Ergänzung vorgenommen. Weitere Punkte, so Priggen, seien der Naturschutz auf Zeit sowie die Verankerung der nunmehr 40 biologischen Stationen und des Vorkaufsrechtes für Träger der Landschaftsplanung im Gesetz.

Eckhard Uhlenberg (CDU) monierte das Verfahren der Koalition, „hier noch schnell etwas festzuschreiben, für das es nach dem 22. Mai keine Mehrheit mehr gibt“. So habe es im Vorfeld nicht einmal einen mit den entsprechenden Verbänden abgestimmten Referentenentwurf gegeben, „wie sich das normalerweise gehört“. Uhlenberg kritisierte: „Erfolgreicher Naturschutz in NRW benötigt Akzeptanz. Die Naturschutzpolitik der rot-grünen Landesregierung hat diese Akzeptanz in den vergangenen Jahren weitgehend verloren.“ In einigen Punkten, gestand Uhlenberg zu, herrsche zwischen CDU, den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung Übereinstimmung. „Aber es gibt auch sehr kritische Punkte, die diskutiert werden müssen.“ Kein Verständnis hatte er beispielsweise dafür, dass Ministerin Höhn in einer Zeit, in der das Geld für die Sanierung von Schulbauten fehle, durch Zukäufe von Waldflächen zur „Großgrundbesitzerin“ werde.

Felix Becker (FDP) lehnte für seine Fraktion „eine solche absolute Überhöhung des Natur-

schutzes und der Landschaftspflege“ ab. Wohin das führe, habe man bei der Hamsterdiskussion um das Kraftwerk in Neurath gesehen. „Wir haben das erste Landschaftsgesetz mitgetragen. Ich darf aber betonen, dass Naturschutz und Landschaftspflege eben nur ein Staatsziel unter vielen ist“, erklärte Becker. Er kritisierte, dass „die Rechtsabteilung des BUND demnächst bestimmen wird, wie in NRW Energiepolitik betrieben wird“. Auch bringe das Gesetz die Landwirtschaft als Unterabteilung des Naturschutzes, „in einen Raum, in dem wir sie nicht haben wollen“.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) wandte ein, „man sollte mit den Vorwürfen, die man hier erhebt, sehr vorsichtig sein“. So sei die Aussage, dass nun auch Vereine klagen dürften „eine Fehlinterpretation“. Bei der Umsetzung der Bundesvorgaben sei ihrer Meinung nach mit Augenmaß vorgegangen worden. Alles in allem sei der Gesetzentwurf von zwei Merkmalen gekennzeichnet: „Erstens: Er integriert ohne zusätzliche Rechtsanforderungen die neuen bundesgesetzlichen Rahmenvorschriften und die bewährte Struktur der flächendeckenden Landschaftsplanung und stärkt damit die kommunale Verantwortung für die praktische Umsetzung.“ Zweitens führe er zu erheblichen Verfahrenserleichterungen in der Eingriffsregelung. Insgesamt „eine gute Lösung um Natur und Wirtschaft zusammenzubringen und nicht gegeneinander zu stellen“.

VON DIETER HILSER (SPD)

Der Strukturwandel, die Stadtrandwanderung und die demographische Entwicklung können zu einer unzureichenden Auslastung der öffentlichen Infrastruktur, zu Kaufkraftverlust, zu steigenden Wohnungsleerständen und zu erheblichen Veränderungen in der Sozialstruktur führen. Hier gegenzusteuern, ist in erster Linie die Aufgabe der betroffenen Städte. Sie müssen sich den daraus erwachsenden finanziellen, städtebaulichen, wohnungspolitischen und sozialen Herausforderungen stellen.

Die Kommunen werden dabei aber nicht alleingelassen. Es ist zwar ihre ureigenste kommunale Angelegenheit, aber sie erhalten durch das Programm „Stadtumbau West“ finanzielle Unterstützung durch den Bund und das Land NRW. Das Programm eröffnet bei abnehmender Siedlungsdichte die Chance zur Schaffung von mehr Lebens-, Wohn- und Umweltqualität in unseren Städten.

Der sich verändernde Siedlungsflächenbedarf und das Entstehen von Brachflächen sollte dazu genutzt werden, den vorhandenen Wohnungsbestand und das Wohnumfeld durch Verbesserung und Modernisierung an die aktuellen Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter anzupassen. Nicht Quantität, sondern Qualität ist gefragt.

Die Chancen des Programms „Stadtumbau West“ sind dann am größten, wenn Bürgerinnen und Bürger, Wohnungswirtschaft, Kommunalverwaltung und -politik, private Vermieter sowie Einzelhandel und Gewerbe im breit angelegten gesellschaftlichen Dialog zusammenarbeiten. Dafür wirbt die SPD-Landtagsfraktion.



VON BERND SCHULTE (CDU)

Der Stadtumbau wird das zentrale Thema der Stadtentwicklungspolitik der Zukunft in Nordrhein-Westfalen sein, weil die Ballungszentren an Rhein und Ruhr von der Problematik besonders betroffen sind.

Die über Jahrzehnte praktizierte Massenwohnungsbaupolitik ist eine große Hypothek. Immer weniger Menschen wollen in familienfeindlichen Quartieren leben und wohnen. Alle amtlichen Prognosen sagen ein Schrumpfen der meisten großen Städte voraus. Die Folgen sind zunehmende Wohnungsleerstände und die soziale Entmischung der Quartiere.

Stadtumbau in NRW ist keineswegs ein ausschließliches Abrissprogramm von leer stehenden oder verdichteten Mietskasernen. Stadtumbau bedeutet Aufwertung, Modernisierung, Umbau und Abriss. Zu berücksichtigen sind auch das Wohnumfeld, das soziale Umfeld und die technische Infrastruktur.

Der „Stadtumbau West“ braucht eine sichere finanzielle Perspektive. Die vom Stadtumbau betroffenen Kommunen sind in der Regel nicht in der Lage, notwendige Eigenmittel zu finanzieren. Sie befinden sich im Haushaltssicherungskonzept oder sind über Jahre durch eine vorläufige Haushaltsführung fremdbestimmt.

Wir wollen, dass die wohnungspolitischen Komponenten des Stadtumbaus nicht über die Stadterneuerungsförderung, sondern über die Wohnraumförderung durch Gewährung von zinsverbilligten Darlehen finanziert werden. Dies ist der erste Schritt für einen realistischen Stadtumbau in NRW.



VON KARL PETER BRENDEL (FDP)

Der demografische Wandel hat dramatische Auswirkungen auf die Stadtentwicklung in NRW. Schrumpfungstendenzen werden die Entwicklung der Städte prägen. Weniger, älter, bunter sind die Schlagworte. Die Städte müssen ihre Attraktivität steigern, wenn sie im Wettbewerb um die Bewohner bestehen wollen. Dazu gehört ein attraktives Angebot an Wohnraum, ein ansprechendes Wohnumfeld, eine attraktive Innenstadt, ein hochwertiges Bildungs- und Freizeitangebot und eine gute verkehrliche Versorgung. Doch nur der verzahnte Einsatz aller Mittel kann zum Erfolg führen. Das Programm „Stadtumbau West“ bietet dabei Möglichkeiten und Angebote. Im Zusammenwirken mit der jeweiligen Stadt kann hier der individuell richtige Weg gefunden werden – mag der Abriss der Gebäude in einer Stadt richtig sein, wird es in anderen die Verbesserung des Wohnumfeldes sein. Die Situation vor Ort ist sehr differenziert, so müssen auch die Maßnahmen sein.

Das Programm darf nicht an leeren Stadtkassen scheitern. Der gemeinsame Antrag von CDU und FDP bietet eine Lösung. Wenn Rot-Grün dies als verwerflichen Ruf nach dem Staat diffamiert, können wir uns nur wundern. Denn Realität in NRW ist: Viele Städte sind pleite – trotzdem muss es weitergehen. Erschreckend ist jedoch, dass die Städte in NRW im bundesweiten Vergleich weiter zurückfallen. Das Programm „Stadtumbau West“ bietet Chancen – nutzen müssen es die Städte und sie müssen es nutzen können.



VON DR. THOMAS ROMMELSPACHER (GRÜNE)

Die Auswirkungen von schrumpfenden Städten durch demografischen Wandel, Einwohnerverluste und die Veränderungen im Handel und der Wirtschaft sind ein Problem, dem insbesondere die Städte in den neuen Bundesländern ausgesetzt sind. Im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost werden dort tausende Wohnungen insbesondere in „Plattenbausiedlungen“ abgerissen oder umgebaut und freiwerdende Flächen zur Aufwertung des Wohnumfeldes genutzt.

Stadtumbau West ist jetzt ein neues Förderangebot des Landes durch den Grünen Bauminister Dr. Michael Vesper für den noch in diesem Jahr rund 28 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Auch die Städte im Westen werden sich mit dem Thema Schrumpfung beschäftigen müssen. Ganze Stadtteile werden sich mit dem Altern der Gesellschaft verändern. Öffentliche Gebäude oder Einrichtungen müssen umgebaut oder einer anderen Nutzung zugeführt werden. Mit dem Stadtumbau West wollen wir die Städte und Gemeinden in die Lage versetzen, sich auf die städtebaulichen Folgen von Schrumpfung und demographischen Wandel einzustellen.

Die Fähigkeit der Städte sich diesen Herausforderungen zu stellen sinkt dramatisch. Ursache ist die Finanzlage, die immer mehr Städte in NRW handlungsunfähig macht. Das neue Programm Stadtumbau West setzt an diesem Punkt an. Die große Aufgabe bleibt es aber, die eigentlichen Treiber der Stadtfucht, die Eigenheimförderung und die Entfernungspauschale, abzuschaffen oder so umzubauen, dass sie nicht mehr stadtschädlich wirken.



## Dreimonatsfrist ist gefallen

„Immer mehr Menschen verstanden diesen Wahlausschluss nicht“

*Ausschluss von einem grundlegenden Bürgerrecht – für so etwas müssen gute Gründe angeführt werden. Bisher gilt im Gesetz, das die Wahl zum NRW-Landtag regelt, eine Dreimonatsfrist: So lange muss bisher ein Bürger nach einem Umzug ins Land hier wohnen, um am Wahltag wohl informiert seine Stimme abgeben zu können. SPD und GRÜNE sagen: Dieser alte Zopf gehört abgeschnitten. Über die neuen Medien können sich die Neubürgerinnen und -bürger schnell und umfassend mit den politischen Gegebenheiten im Land vertraut machen. Also weg mit dieser traditionellen Begrenzung!*

Gesagt – getan? So einfach liegt die Sache nicht bei dieser angestrebten Änderung des Landeswahlgesetzes. Sind die Behörden im Land und vor Ort in der Lage, die Wählerverzeichnisse so aktuell zu führen, dass diese unmittelbare Ausübung des Wahlrechts sichergestellt ist? Und gesetzt den (unwahrscheinlichen) Fall, in zwei benachbarten Bundesländern fänden am selben Tag Wahlen statt – wie ist die doppelte Stimmabgabe eines Zugezogenen zu verhindern? Diese und andere Fragen waren dem Hauptausschuss Anlass genug, um am 13. Januar unter Leitung des Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) Sachverständige zu einem Gespräch über den Gesetzentwurf (Drs. 13/6237) einzuladen.

### „DOPPELWAHL“

Professor Dr. Martin Morlok aus Düsseldorf begrüßte grundsätzlich die Stoßrichtung des Entwurfs, er sehe keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Aufgabe der Frist.

Die Möglichkeit, zweimal zu wählen, sei extrem selten. Zudem habe er im Bundesrecht kein explizites Verbot gefunden, an einem Tag zweimal zu wählen. Im Übrigen habe eine solche „Doppelwahl“ einen zu vernachlässigenden Einfluss auf die Zusammensetzung des Bundesrats.

Die jetzige Regelung mit der Dreimonatsfrist sei verfassungsgemäß, darum gebe es keinen verfassungsrechtlichen Druck, das Landeswahlgesetz zu ändern, stellte dagegen Professor Dr. Janbernd Oebbecke aus Münster fest. Aber er könne nachvollziehen, dass die Wahlsperre nach einem Umzug „gerade von politisch interessierten Bürgern als schwer verständliche Belastung empfunden wird“. Bei einer Neuregelung müsste möglichst sicher ausgeschlossen werden, dass jemand gleichzeitig in NRW und in einem anderen Bundesland wählen könne. Die Regelung müsse praktikabel sein und auch von anderen Bundesländern übernommen werden können. Jedenfalls müsse ausgeschlossen werden, dass durch kurzfristige Umzüge Einfluss auf die Wahl genommen werden kann.

Auf die Möglichkeit, zweimal (per Briefwahl) zu wählen, wenn die Dreimonatsfrist wegfällt, machte Professor Dr. Wolfgang Löwer (Bonn) aufmerksam. Die Wählerverzeichnisse würden 35 Tage vor der Wahl erstellt. Danach gebe es die Wahlbenachrichtigungen. Der Bürger eines Landes könne am alten Wohnsitz per Briefwahl seine Stimme abgeben (die wäre gültig), danach umziehen und 15 Tage vor der Wahl im Wahlbezirk des neuen Bundeslandes per Briefwahl wählen, weil er nach der neuen Rechtslage auch dort im Wählerverzeichnis geführt würde. Diese Stimmabgabe wäre ebenfalls gültig. Löwer: „Dieses Ergebnis ist jedenfalls nicht akzeptabel. Es verletzt die Pflicht, ein unangreifbar rechtssicheres Wahlrecht zu schaffen.“ Die Dreimonatsfrist sei kein „verfassungsrechtliches Heiligtum“ – aber die 35-Tage-Frist zu kappen, „halte ich für problematisch“.

### REGELUNG

Eine Woche später und im Licht der beim Sachverständigengespräch gewonnenen Erkenntnisse standen im Hauptausschuss abschließende Beratung und Abstimmung über die Ausschussempfehlung zum Gesetzentwurf an. Mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen wurde festgelegt, dass künftig der wählen gehen und sein aktives Wahlrecht ausüben kann, der bis zum 16. Tag vor der Wahl von außerhalb des Landes zugezogen ist. Bei der Wählbarkeit (passives Wahlrecht) soll an der Dreimonatsfrist festgehalten werden. Der CDU wäre eine 14-Tages-Frist lieber gewesen; sie hätte es auch gern gesehen, wenn zwischen aktivem und passivem Wahlrecht nicht unterschieden worden wäre. Die FDP hielt am ursprünglichen SPD/GRÜNE-Entwurf mit der Abschaffung jeder Frist fest („guter und unanfechtbarer Vorschlag“) und lehnte es ab, der neuen Regelung zuzustimmen.

Das Wahlrecht im Visier (v.l.): Die Professoren Morlok, Oebbecke und Löwer. Rechts im Bild Ausschussvorsitzender Edgar Moron (SPD).

Foto: Schäffe

## Schule contra Lehre im Betrieb?

Anhörung zu Berufskollegs und zur dualen Ausbildung

*Das Ziel ist klar: möglichst allen Jugendlichen in NRW einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen, der ihnen eine berufliche Zukunft sichert. Aber wie erreicht man dieses Ziel? Welche Rolle spielt künftig die duale Ausbildung, welche die schulische? Im Kontext von Ausbildungspakt und Reform des Bundesberufsbildungsgesetzes hatte nun ein Dutzend Experten Gelegenheit, den Abgeordneten im Ausschuss für Schule und Weiterbildung ihre Ideen mit auf den Weg zu geben. Zur Debatte standen zwei Anträge von SPD/GRÜNE (Drs. 13/6167) und FDP (Drs. 13/6037).*

Ausbildung ist zu teuer und leidet unter einem zu starren Rahmen. Das jedenfalls war die übereinstimmende Meinung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, vertreten durch Dr. Barbara Dorn, und des Mannes aus der Praxis – Günther Holweg von Siemens. Während die Gehälter seit 1976 um 156 Prozent gestiegen seien, bekomme ein Azubi heute 203 Prozent des damaligen Salärs. „Wir müssen weg von der Beschränkung auf maximal 20 Prozent unter Tarif“, forderte Dorn eine Anlehnung an die 280 Euro in Maßnahmen der Bundesagentur. Weiterhin wünschte sie sich eine Verlängerung der Pro-

bezeit, weniger rigide Übernahmeverpflichtungen und eine Ausweitung der so genannten Stufenausbildung.

„Wir brauchen eine stärkere europäische Anerkennung der Ausbildungszeiten, analog zu Uni und Fachhochschule“, wies Holweg auf den heute schon internationalen Wettbewerb hin, dem sich junge Menschen stellen müssen. Ganz wesentlich sei in diesem Zusammenhang eine zentrale Bildungshoheit des Bundes.

### VERGÜTUNG

Differenzierter betrachteten die Vertreter der Wissenschaft das Thema Kosten. Effektiv seien die Nettokosten für Betriebe sogar um sechs Prozent gesunken, so Dr. Günter Walden vom Bundesinstitut für Berufsbildung. „Pauschale Forderungen à la runter mit der Schulzeit und runter mit der Vergütung funktionieren nicht“, lautete die These des Kölner Wirtschaftspädagogen Professor Dr. Martin Twardy. Ohne die Schaffung neuer Anreize führe der Abbau von Hemmnissen nicht zu mehr Ausbildungsstellen.

Allerdings wollen anscheinend auch immer weniger Jugendliche ins klassische

duale System. „Die klassische Berufsschule stagniert, Vollzeitangebote boomen“, erläuterte Dr. Henning Schierholz vom Institut für Jugend-, Arbeitsmarkt und Bildungsfragen. Er betrachtete den Rückzug der Wirtschaft eher als strukturelles Problem. Während die Zahl der Jugendlichen in dualen Fachklassen seit Einführung der Berufskollegs 1998 bis 2003 von 330.273 auf 319.088 sank, stieg die der Azubis an Vollzeitschulen von 106.507 auf 142.539. Wird die schulische Ausbildung damit zu einer gefährlichen Konkurrenz des dualen Systems?

Zum Teil ganz sicher, meinte Andreas Oehme vom Handwerkskammertag und warnte vor einer „schleichenden Verschulung“. Allein dadurch, dass gerade das Handwerk – mit per annum 100.000 Lehrlingen größter Ausbilder im Land – immer mehr Schwierigkeiten habe, geeignete Kandidaten zu finden. Besonders tragisch, da die Kostenentwicklung durch Ausbildung für das Handwerk wesentlich ungünstiger ausfällt als im Schnitt. „Klar, die so genannte Vollzeitschule ist in der Realität ja doch nur Teilzeit“, ergänzte Dr. Gerald Püchel namens der Kammervereinigung des Landes. Durch steuerliche Vergünstigungen und die Möglichkeit nebenher zu jobben sei sie oftmals attraktiver als die klassische Lehre. „Wir müssen die Ressourcen im Berufskolleg besser nutzen“, mahnte er die langen Ferienzeiten an und forderte Berufsschultage bis mindestens 17 Uhr.

Ein weiteres Problem, so alle Fachleute unisono, sei die oftmals mangelnde Ausbildungsfähigkeit der angehenden Lehrlinge. Es könne nicht angehen, dass im Berufskolleg ohne weiteres die Versäumnisse der allgemeinbildenden Schule aufgefangen würden, mahnte Wolfgang Brückner, Vorsitzender des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs, an, dass eine Stärkung auch mit mehr Geld verbunden sein müsse. Auch warnte er „vor weiteren Experimenten bei der Schulaufsicht“. Ähnlich ließ sich auch Dr. Wolfgang Kehl vom Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen ein. Im Detail regte er außerdem die Wiedereinführung des zweiten Einstellungstermins an – um den qualifizierten Lehrernachwuchs an Berufskollegs zu sichern.

„Wir müssen das bestehende Mischsystem zu einem pluralen System umbauen, das duale System revitalisieren und mit den Vollzeitschulen sinnvolle Ergänzungs- und Alternativangebote machen“, fasste Dietrich Mau von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zusammen. Dabei, so Norbert Wichmann vom DGB, sei das Berufskolleg „ein zukunftsweisendes Konzept“. Für NRW setzte der Gewerkschafter dabei auch auf den Ausbildungskonsens und die konstruktive Atmosphäre zwischen den Tarifpartnern: „Hier ist nicht der wilde Osten.“

volk

Die Bereitschaft zur Mitarbeit am Krebsregister ist groß (v.l.): Dr. Robert D. Schäfer von der Ärztekammer Nordrhein, Professor Dr. Joachim Dudeck aus Gießen, Ursula Monheim (CDU), dahinter Professor Dr. Hans-Werner Hense (Münster), Ausschussvorsitzender Bodo Champignon (SPD) und Professor Dr. Ingo Flenker, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe.

Foto: Schälte



## Dem Krebs geht es an den Kragen Experten äußern sich zum Aufbau des landesweiten Registers

*Jedes Jahr erkranken in Nordrhein-Westfalen 85.000 Menschen neu an Krebs. Jahr für Jahr sterben im Land 46.000 Menschen an dieser tückischen Krankheit. Es fehlen immer noch Erkenntnisse über die Zusammenhänge, die das Auftreten von bösartigen Tumoren verursachen. Hier soll das Krebsregister mehr Klarheit schaffen, dessen Aufbau für NRW geplant ist. Über den entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 13/6099) veranstaltete der Gesundheitsausschuss unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) am 12. Januar eine Anhörung von Sachverständigen.*

Die im Gesetz geforderte einheitliche, alle relevanten Daten umfassende Krebsregistrierung soll die Grundlage dafür liefern, dass die Situation im Bereich der Prävention, der Versorgung Krebskranker und der wissenschaftlichen Forschung nachhaltig verbessert wird. Diese Datensammlung bietet Aufschluss über die Häufigkeit von Krebserkrankungen, über die regionale Verteilung, die Überlebensraten und Trendentwicklungen, heißt es in der Begründung. Ein bevölkerungsbezogenes Krebsregister sei mit seiner flächendeckenden Registrierung aller bösartigen Neubildungen „ein notwendiges und effizientes Instrumentarium“.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung fand in der Anhörung, bei kleineren Einwänden, grundsätzlich Zustimmung, ja sogar Lob: Er stelle die Weichen für ein Gesetz, das internationalem Standard entspricht, fand ein Experte. Ein anderer war der Meinung, im Gesetz seien das Interesse der Patienten am Schutz ihrer Daten auf der einen und das öffentliche Interesse an der Erforschung der Krankheit auf der anderen Seite gut austariert.

### DATENSCHUTZ

Dem widersprach allerdings ein Dritter: Der Entwurf sei zweifellos „ein Schritt nach vorn, aber nur ein halber“. Die Verfasser räumten dem Datenschutz zu viel Raum ein, fuhr er in seiner Kritik fort, indem er die dezentrale Verschlüsselung der personenbezogenen Daten vorschreibe: Das sei international nicht üblich. Da müsse man doch fragen, „warum in Deutschland nicht gehen soll, was anderswo unbeanstandet läuft“. Nicht zu Unrecht würden die skandinavischen Krebs-

register mit ihrem offenen Umgang mit Daten hierzulande oft als Ideal hingestellt.

Die von der Krankheit Betroffenen schienen das Problem des Datenschutzes ebenfalls nicht im Zentrum ihrer Erwartungen und Befürchtungen zu sehen. Eine Sprecherin aus der Selbsthilfe wollte in der Runde der Sachverständigen wissen, was ein an Krebs erkrankter Patient tun könne, wenn sein Arzt die Daten nicht weitergebe (und dadurch den Erkenntnisgewinn über diese Krankheit schmälert).

Mit dem Gesetz werden Ärzte und Zahnärzte zur Meldung ihrer Krebspatienten verpflichtet. Damit soll jede bösartige Neubildung erfasst werden – zum einen wegen der bekannten Bösartigkeit der Erkrankung und zum anderen deswegen, weil nur eine Meldequote von mindestens 90 Prozent Sinn macht, ein Krebsregister zu führen. Auch ist die angestrebte Flächendeckung nur so gewährleistet. Wenn ein Arzt die Meldung versäumt, was soll dann passieren? Hier war überwiegende Meinung, eventuelle Sanktionen nicht im Gesetz festzuschreiben, sondern ihre Regelung dem ärztlichen Berufsrecht zu überlassen.

Schön wäre es ja, wurde in der Anhörung überlegt, wenn die individuelle Patientennummer, die auf den kommenden Chipkarten zu

finden sein wird, der Einfachheit halber bei einer Meldung eingegeben werden könnte. Dass dieser Gedanke fallen gelassen wurde, lag weniger an dem Risiko, dass über diese Nummer auf die an Krebs erkrankte Person geschlossen werden könnte, sondern an dem Umstand, dass es diese Chipkarte noch nicht gibt. Zudem schreibt das Gesetz die dezentrale Verschlüsselung der Daten vor. Bei dieser Verschlüsselung sind Genauigkeit und Einheitlichkeit wichtige Voraussetzungen für den Erfolg des Krebsregisters.

Die landesweite Krebsregistrierung soll keinen neuen Papierkrieg auslösen. Weiterleitung und Sammlung der Daten können deswegen nur elektronisch erfolgen. Abgesehen von den Mitteln für den Aufbau des zentralen Registers verursacht das auch Aufwand und Kosten in den Praxen der niedergelassenen Ärzte vor Ort. Die Kosten müssten beziffert, die Praxissysteme vereinheitlicht werden, verlangten Experten. Eine andere Befürchtung wurde ebenfalls geäußert: Schon jetzt beschäftigen sich die Ärzte in Krankenhäusern durchschnittlich drei Stunden pro Tag mit Dokumentationsarbeiten – das dürfe nicht mehr werden, wenn es nicht Abstriche an der Qualität der ärztlichen Versorgung geben solle.

# Blick in die Zukunft

## Staatliche Kulturförderung vor einer Neuausrichtung?

*Neue Wege in der nordrhein-westfälischen Landeskulturpolitik will die liberale Fraktion einschlagen. So soll die Landesregierung verlässlicher Partner der Kulturschaffenden sein. Außerdem habe die Kulturpolitik des Landes durch eine klare Zielbeschreibung Strukturprobleme der Kulturfinanzierung und der Kulturzusammenarbeit zu beheben.*



So ist es in dem Antrag (Drs. 13/5282) zu lesen, den die FDP im April vergangenen Jahres vorgelegt hat. Sie beklagt darin: „Bei der klassischen Kulturförderung nimmt sich die Landesregierung stark zurück. Das Land trägt immer weniger Verantwortung für die kulturelle Grundversorgung seiner Bürgerinnen und Bürger.“ Hinzu komme, dass bei Kürzungen landeseigene Einrichtungen und Festivals verhältnismäßig ungeschoren davonkommen, während „Kommunen und nichtstaatliche Träger die Hauptlast der Kürzungen zu tragen haben“.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Lösungsvorschläge der Liberalen fand ein Gespräch statt, das der Kulturausschuss unter Leitung seiner Vorsitzenden Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) am 19. Januar mit zahlreichen Sachverständigen geführt hat. Die FDP schlägt in ihrem Antrag unter anderem vor, die Breitenkultur durch Vernetzung zu fördern, als Beispiel für eine gute kommunale Kulturförderung eine „Landeskulturstadt“ auszurufen, die Landeskulturförderung auf Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu untersuchen, Kulturprojekte zielgerichtet, transparent und stetiger zu fördern sowie die Rolle von Kultur als Wirtschaftsfaktor klarer in den Blick zu nehmen.

Die reiche und vielfältige Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen wird gern bemüht und als „weicher“ Standortfaktor gerühmt – aber dies in harter Münze auszudrücken, fehlten die Zahlen, monierte ein Galerist. Dabei sei die Kulturwirtschaft – egal ob in öffentlicher oder privater Trägerschaft – einer der Bereiche mit sehr hohen Wachstumsraten. „Wir müssen das

Zahlenchaos in den Griff bekommen“, sagte er. Die Daten seien für eine Analyse zu unbestimmt: Je nach zugrunde gelegtem Konzept lägen die Schätzungen für Deutschland zwischen 43 und 204 Milliarden Euro Umsatz in der Kulturwirtschaft. Sie habe 930.000 Beschäftigte; damit nehme Deutschland nur den vierten Platz und keinesfalls die Spitzenstellung in Europa ein. Bund und Länder gäben zusammen rund acht Milliarden für die Kultur aus.

### CONTROLLING

Ist dieses Geld gut angelegt? Ein Betriebswirtschaftsprofessor bemängelte zuerst einmal, dass die Ziele kultureller Aktivitäten nur in den seltensten Fällen näher definiert sind. Aber das sei unabdingbar für eine effektive und ökonomische Verwendung der Mittel und den Einsatz von Controlling-Instrumenten. Sein Schluss: „Kulturmanagement und Kulturförderung kommen ohne professionelle ökonomische Begleitung nicht aus.“ Defizite gebe es unter anderem bei der Förderung des Kinder- und Jugendbereichs. Dies war ein Aspekt, der unter Hinweis auf die Wichtigkeit einer möglichst frühen Vermittlung kultureller Kenntnisse und Fertigkeiten

Für die Auflockerung des Expertengesprächs über Kulturförderung sorgte ein Beitrag der Filmtheater der Jugend NRW, die sich der filmpädagogischen Arbeit in dieser Altersgruppe widmet. Fotos: Schälte

keiten mehrfach unterstrichen wurde und unter dem Punkt „Kulturelle Bildung“ das zweite Thema des Sachverständigengesprächs war. Bei den Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen, die in den letzten Jahren zugunsten von Neubauten (vor allem Museen) zurückgestellt worden seien, gebe es weiteren Nachholbedarf, meinte der Wissenschaftler.

Ein Sprecher der kommunalen Seite bezifferte diesen Sanierungsstau auf eine Viertelmilliarde Euro. So viel fehle, um die Theater auf dem erforderlichen Stand zu halten und um in Zukunft Schließungen abzuwenden. Sein Votum: Das Land solle sich an den Investitionen zur Grundsicherung beteiligen. Hier seien die Lasten zu einseitig verteilt. Die kommunalen Theater hätten beim Sparen kräftig mitgemacht, bisher 1.000 Stellen abgebaut und trotzdem die Effizienz gesteigert.

Soll die staatliche Förderung sich auf so genannte Leuchttürme („Events“) konzentrieren oder in die Breite gehen? Dazu hatten die beiden Kultursekretariate Gütersloh und Wuppertal ihre eigene Meinung. Sie organisieren die Kulturzusammenarbeit von rund 80 Städten im Land und waren dafür, Planungssicherheit und Verlässlichkeit herzustellen. Das sei Voraussetzung für ein kulturell profiliertes Land. Kulturarbeit sei nicht nur nützlich, sondern auch notwendig. Das privatwirtschaftliche Element der Kulturförderung könne „kein Standbein, allenfalls Spielbein“ sein. Für die notwendige Abstimmung zwischen der Landeskulturpolitik und der Kulturpolitik auf kommunaler Seite („Dadurch sind dauerhafte Projekte herzustellen“) seien die Kultursekretariate „nicht die schlechtesten Institutionen“.



# Was ist uns unser Wasser wert?

## In NRW wird eine Rahmenrichtlinie der EU umgesetzt

*Nordrhein-Westfalen ist dabei, seine wasserrechtlichen Vorschriften zu novellieren und sie den Vorgaben der von der EU erlassenen Wasserrahmenrichtlinie anzupassen. Dass es nicht ganz billig werden wird, die vom Menschen genutzten – und verschmutzten – Gewässer in einen naturnahen Zustand zurück zu versetzen, ahnen nicht nur die Fachleute: Von Kosten um die 40 Milliarden Euro für ganz Deutschland ist die Rede.*

Klar, sauber und gesund – Trinkwasser ist ein Lebensmittel, das hohen Anforderungen genügen muss. Die Wasserversorgung rechnet das Gesetz ausdrücklich zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge, die von den Gemeinden zu erfüllen sind oder an Dritte übertragen werden können.

In der Anhörung des Unterausschusses am 17. Januar unter dem Vorsitz von Klaus Strehl (SPD) wurde deutlich, dass die Kosten von den Fachleuten zwar nicht beziffert, aber von den Parlamentariern beeinflusst werden können. Es liege in der Hand des Landtags, wie hoch die Anforderungen an Beschaffenheit und Umfeld der Gewässer im Land geschraubt werden. „Weniger ist oft mehr“, redete die Industrieseite den Abgeordneten ins Gewissen. Das Gesetz sollte noch einmal „durchgekämmt“ werden. NRW solle, auch mit Blick auf die Nachbarländer und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes NRW, mit Augenmaß vorgehen.

### KRITIK

Das rief die Umweltschützer auf den Plan. Sie kritisierten, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 13/6222) im Vergleich zum vorangegangenen Referentenentwurf viel zu wirtschaftsfreundlich ausgefallen sei. Dagegen sei von Vorstellungen des Natur- und Umweltschutzes nur sehr wenig eingeflossen: „Diese Verwässerung sehen wir mit großer Sorge.“ So fielen die neuen Regelungen deswegen nicht ausreichend aus, weil sie bloß darauf abzielten, eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes zu verhindern. Die befürchtete „Überregulierung“ sollte nicht überbewertet werden; mit ihr sei auch ein Stück Rechtssicherheit verbunden.

Neben diesen eher grundsätzlichen Einwänden herrschte der Eindruck vor, dass der Gesetzentwurf „im Großen und Ganzen gelungen ist“. Gewerkschaft, Wasserverbände und kommunale Spitzenorganisation waren sich darin weitgehend einig. In Anbetracht der Tatsache, dass der Novelle des Wassergesetzes nicht weniger als 27 Verordnungen und Richtlinien folgen sollen, ermunterten einige Experten die Abgeordneten dazu, bei diesen „untergesetzlichen Regelungen“ auf dem Parlamentsvorbehalt zu bestehen, also die Verordnungen inhaltlich zu beeinflussen und den verwaltungstechnischen Vollzug mitzubestimmen. Das Argument: Von den Anforderungen

an Maßnahmenprogramm und Bewirtschaftungsplänen hängen die Kosten ab.

In diesem Bereich hat das Land bei seinen Festlegungen zur Gewässergüte und zur Klassifizierung von Gewässern Ermessensspielraum. Mit Folgen: Wird die Güte der Gewässer generell als gering eingeschätzt (sie bekommen dann in der zeichnerischen Darstellung die Farbe Rot), ist der Investitionsaufwand, um einen guten Gewässerzustand zu erreichen, naturgemäß höher. Gewässer mit guter Güte erhalten dagegen die Farbe Grün. Die Gretchenfrage dabei, wie ein Experte es formulierte, sei: „Wie viel Rot tolerieren wir und wie viel Grün wollen wir – oder Brüssel?“ Das sei die politische Frage, die zur Entscheidung anstehe – dabei seien im Land die Alternativen. Wollen wir 1:1 umsetzen oder draufsatteln?

### KOSTENSCHÄTZUNG

Dann unternahm man doch den Versuch, die Kostenfrage („Konkrete Aussagen zu den Kosten sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich“, so heißt es in der Begründung des nordrhein-westfälischen Gesetzentwurfs) zu erhellen. Im (kleineren) Schleswig-Holstein sei eine Kostenfolgeabschätzung vorgenommen worden, das Ergebnis belaufe sich auf 700 Millionen Euro. In NRW zum Beispiel werden allein 4,4 Milliarden Euro in die Hand genommen, um nach und nach die ehemalige Kloake Emscher in einen naturnahen Zustand zurück zu versetzen. Im Bereich der



Foto: Schälte

oberen Erft, so der zuständige Verband, seien 100 Millionen Euro erforderlich. Der Wasserverband Eifel-Rur gab die Aufwendungen für die Renaturierung in seinem Bereich mit 180 Euro pro laufenden Meter an. In NRW müsse, so schätzte einer der Sachverständigen, für jeden Einwohner ein Betrag von rund 250 Euro zugrunde gelegt werden.

Die Landespolitik stehe also vor einem schweren Entschluss: Was sind der Gesellschaft sauberes Wasser und intakte Gewässer wert? Und wer zahlt dafür, der Einzelne über Gebühren und Abgaben oder die Allgemeinheit über Steuern? Liegen sauberes Wasser (und Trinkwasser) sowie intakte Gewässer im Interesse der Allgemeinheit – dann käme eine Finanzierung ökologischer Maßnahmen durch Steuern in Frage – oder sind die Kosten dem Bürger anzulasten, der Anspruch auf gesundes Wasser erhebt und für Abwasser Gebühren zu zahlen hat? Hier wurde weitgehende Transparenz eingefordert. Ein Experte sagte voraus: „Es wird zu Kosten- und Gebührensteigerungen kommen. Wie hoch – das ist hier die politische Entscheidung.“ Darüber müsse mit dem Bürger diskutiert werden.

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 21. Februar 2005 vorgesehen. Vorab ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Die Verkehrssituation nach Einführung der LKW-Maut soll in den kommenden Wochen und Monaten an „besonders problematischen Stellen“ systematisch untersucht werden. Generell zeigte sich Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) mit dem Ablauf aber überaus zufrieden. Im **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) erklärte er, es habe weder technische Schwierigkeiten noch größere Staus gegeben. Zahlen der Polizei aus dem Raum Paderborn, wonach der LKW-Verkehr auf einzelnen Bundesstraßen um 150 Prozent zugenommen habe, seien nicht aussagekräftig. Wenn sich das jedoch bewahrheitete, werde man sich sofort beim Bund um Lösungen bemühen, so der Minister. Rechtlich sei auch die Maut auf Bundesstraßen machbar. Der Einführung einer PKW-Maut erteilten alle Fraktionen eine eindeutige Absage.

+++

Der „Umgang mit Schulverweigerern im Kreis Paderborn“ war Thema einer Aktuellen Viertelstunde im **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD). Die Eltern der besagten Schülerinnen und Schüler gehören einer russischen Baptistengemeinde an und verbieten ihren Kindern den Schulbesuch aus Glaubensgründen. Der Integrationsbeauftragte der NRW-Landesregierung, Dr. Klaus Lefringhausen, erklärte im Ausschuss, zunächst solle in Gesprächen versucht werden, eine „Vertrauensbrücke“ herzustellen und Überzeugungsarbeit bei den Eltern zu leisten. Einig waren sich die Fraktionen, dass die Schulpflicht durchgesetzt werden muss. Das „letzte Mittel der Wahl“ seien staatliche Zwangsmaßnahmen.

+++

Die Ehe eines 22-jährigen Griechen mit einer Elfjährigen war auf Wunsch von GRÜNE und FDP Thema einer Aktuellen Viertelstunde im **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie** (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD). Das „Paar“ hatte sich in Griechenland das Ja-Wort gegeben.

Dort sind solche Eheschließungen erlaubt. Nach ihrer Ankunft in Düsseldorf versuchte der 22-Jährige, die Ehe in Deutschland anerkennen zu lassen. Burghard Lenders vom Innenministerium erklärte, dass eine im Ausland geschlossene Ehe in Deutschland grundsätzlich gültig sei. Allerdings liege hier ein eindeutiger Verstoß gegen die deutsche Rechtsordnung vor. Jugendministerin Ute Schäfer teilte mit, dass die mittlerweile Zwölfjährige wieder in Griechenland bei ihren Eltern wohne.

+++

ObpyHerbst gibt es sie: die neuen Reisepässe. Fälschungssicher sollen sie sein – und teuer. Wie teuer, dass wollte die CDU im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde im **Innenausschuss** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) erfahren. Eine Bezifferung der genauen Kosten sei zurzeit nicht möglich, erklärte Helga Block, Vertreterin des Innenministeriums, und verwies auf eine entsprechende Erklärung des



Bundesinnenministeriums. Die Gebühr werde jedoch „deutlich unter 130 Euro“ liegen, so Block. Die von der EU beschlossene Einführung der neuen Reisepässe mit biometrischen Daten umfassten „im ersten Schritt eine Gesichtsaufnahme, im zweiten Schritt die Fingerabdrücke“.

+++

Über die Änderung des Landschaftsgesetzes debattiert der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) am 1. Februar im Rahmen einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen. Die Koalitionsfraktionen

haben hierzu einen Gesetzentwurf vorgelegt (Drs. 13/6348).

+++

Die Möglichkeit einer weltweiten Grippewelle, also einer Influenzapandemie, war auf Antrag der CDU Thema im **Gesundheitsausschuss** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD). Das Robert Koch Institut hatte Anfang Januar die ersten beiden Teile des Nationalen Influenzapandemieplans vorgestellt. Der entscheidende dritte Teil wird erst Mitte des Jahres zur Gesundheitsministerkonferenz erwartet. Darin werden konkrete Hinweise enthalten sein, welche Maßnahmen auf Länderebene im Falle einer Grippepandemie zu treffen sind. Staatssekretärin Cornelia Prüfer-Storcks (Gesundheitsministerium) betonte, dass es keine Prognose darüber gebe, wie wahrscheinlich das Auftreten einer solchen Influenza sei. Trotzdem seien aber weitere Vorkehrungen zu treffen.

+++

Wegen ihrer zumeist zentralen Lage prägen Bahnhöfe und Bahnflächen das Stadtbild erheblich mit. Viele dieser Flächen werden jedoch nicht mehr genutzt und verkommen zu „Schandflecken“. Daher hat die Landesregierung bereits 2002 ein bundesweit einmaliges Kooperationsprojekt mit der Deutschen Bahn AG gegründet – die BahnflächenEntwicklungsGesellschaft. Diese sorgt sich mit dem so genannten „BahnflächenPool NRW“ um den Verkauf von Bahnflächen und -höfen, um sie einer neuen und attraktiveren Nutzung zuzuführen. Wie Manfred Morgenstern, Staatssekretär im Städtebauministerium, im **Ausschuss für Kommunalpolitik** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) berichtete, wurde der BahnflächenPool nun in einem zweiten Schritt auf weitere 105 NRW-Gemeinden ausgeweitet. In der ersten Tranche waren bereits mit 100 Gemeinden entsprechende Vereinbarungen getroffen worden. Nach kurzer Zeit konnten schon in 30 Kommunen komplett alle Bahnliegenschaften veräußert werden, so Morgenstern. Der Ausschuss nahm die Ausweitung des BahnflächenPool NRW zustimmend zur Kenntnis. Rot-Grün sprach von einem „beispielhaften Erfolgsmodell“.

+++

Im Rahmen der Debatte über das Thema Zwangsheirat hat der **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Inge Howe, SPD) am 15. Februar Sachverständige zu einem Expertengespräch eingeladen. Diskutiert wird auf Grundlage der Anträge von CDU (Drs. 13/6120), von SPD und Grüne (Drs. 13/6196) sowie FDP (13/6205 neu).

## Jede vierte Stunde fällt aus DSB-Studie zu Schulsport

*Ausfall von Sportunterricht, fachlich nicht qualifizierte Lehrer und zu geringe Leistungsanforderungen an die Schüler. Das sind die Ergebnisse der „DSB-SPRINT-Studie“ zum Sportunterricht in Deutschland, die die Professoren Dr. Wolf-Dietrich Brettschneider (Universität Paderborn) und Dr. Werner Schmidt (Universität Essen-Duisburg) im Sportausschuss am 17. Januar vortrugen.*



Für die Studie haben die Professoren Brettschneider und Schmidt (hier im Bild mit der Ausschussvorsitzenden Gisela Hinnemann) 14.600 Schulleiter, Lehrer, Schüler und Eltern aus sieben Bundesländern, darunter auch NRW, befragt. Fotos: Schälte

Die beiden Studienleiter wiesen auf die Hintergründe der Untersuchungsergebnisse hin. So habe sich die wachsende körperliche Inaktivität bereits in Übergewicht jedes sechsten Kindes sowie im Rückgang der gesundheitsbezogenen Fitness und motorischer Leistungsfähigkeit gezeigt. Zudem gebe es Hinweise auf Zusammenhänge von körperlicher Aktivität und kognitiver Lernleistung.

Brettschneider betonte, dass es Ziel der Studie sei, „neue Ergebnisse hinsichtlich Wirkung und Neuorientierung des Sportunterrichts zu finden und keine bloße Beschreibung zu geben“. Allerdings räumte er auf Anfrage nach konkreten Verbesserungsmöglichkeiten ein, dass eine „normative Stellungnahme“ im Rahmen der Studie nicht möglich sei.

Die Studie habe gezeigt, dass „generell jede vierte Sportstunde nicht stattfindet“, so Brettschneider. Dazu kämen noch die situationsbedingten Stundenausfälle, die meist auch nicht kompensiert, sondern durch andere

Unterrichtsfächer ersetzt würden.

Daneben gebe es große Defizite im Sportunterricht von Grund- und Hauptschulen, was eine Bildungsbenachteiligung für Schüler dieser Schulen bedeute. So zeigte sich Schmidt „persönlich betroffen, dass beim Sportunterricht in Hauptschulen bis zu zwei Drittel der Schüler auf der Bank gesessen haben“. Er sagte weiter: „Im Grundschulbereich liegt das Hauptproblem.“ Denn dort wird der Sportunterricht zu 50 Prozent von fachfremden, also fachlich nicht qualifizierten Lehrern erteilt.

Zudem haben die Schülerbefragungen gezeigt, dass sich die Schüler vor allem mehr Anstrengungen und Leistung im Sportunterricht wünschten, so die Studienleiter. „Die Schüler empfinden es als defizitär, dass es zu wenig körperliche Anstrengung und sportliche Herausforderung gibt.“ Dies sei angesichts der Tatsache, dass eine 45-minütige Sportstunde

nur sieben Minuten reine Bewegungszeit enthalte, allerdings nachvollziehbar.

Die Schüler wünschten sich vom Sportunterricht: „Erstens: Leistung, Fitness und Neulernen. Zweitens: Ausgleich und Kompensation gegenüber anderen Fächern und zum Dritten soziale Fertigkeiten und Fair-Play.“ Es sei erstrebenswert diese Vorstellungen praktisch umzusetzen, so Schmidt. Er plädierte dafür, den Sportunterricht in seiner Bedeutung für die Schulkultur zu erkennen: „Sport ist als Lebens- und Erziehungsprinzip zu sehen!“ *jh*

## World Games 2005 – Finanzierung steht

„Hoffnung auf ein Ereignis  
von höchstem Niveau“

*Lange Zeit war die Finanzierung der World Games 2005 nicht geklärt, jetzt steht der Wirtschaftsplan. Das Land beteiligt sich mit 2,4 Millionen Euro, der Bund bewilligte zwei Millionen Euro für das Sportereignis, das vom 14. bis zum 24. Juli in Duisburg und den Partnerstädten Bottrop, Oberhausen und Mülheim an der Ruhr ausgetragen wird.*

Werner Stürmann, Abteilungsleiter im Sportministerium, teilte dem Sportausschuss mit, dass der Wirtschaftsplan für die World Games nun endlich verbindlich und auch genehmigt sei. So betrage das Ausgabevolumen 14,8 Millionen Euro, wobei NRW 2,4 Millionen und der Bund zwei Millionen Euro beisteuerten.

Für das sportliche Großereignis hoffe man auf 500.000 Zuschauer, die die 3.500 Sportler aus 100 Nationen gegeneinander antreten sehen wollten, so Stürmann. Die Sportler würden sich in 177 Disziplinen messen, darunter werden Trendsportarten wie Drachensportboot oder Wasserski sein.

Die World Games werden auch unter der Schirmherrschaft des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) stattfinden. So habe Jacques Rogge, Vorsitzender des IOC, bereits zugesagt, an der Eröffnungsfeier teilzunehmen. Auch der WDR werde die Eröffnungsfeier übertragen und plane täglich eine halbstündige Berichterstattung über die Spiele der nichtolympischen Sportarten. So sei die „Hoffnung auf ein Ereignis von höchstem Niveau“ allgemein groß. *jh*

## Nachfrage nach kleineren Wohnungen steigt

Auswirkungen von Hartz IV auf den Immobilienmarkt

*Umzugswelle durch Hartz IV, verstärkte Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum, nicht ausreichender Bestand an Sozialmietwohnungen – die möglichen Auswirkungen der Arbeitsmarktreform standen im Mittelpunkt der Wohnungsmarktbeobachtung „Hartz IV und die Wohnungsmärkte in NRW“, die Karl Hofmann (Wohnungsbauförderungsanstalt NRW) im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen vorstellte.*

Künftig erhalten die Bezieher von Arbeitslosengeld II kein Wohngeld mehr, sondern eine Erstattung der angemessenen Kosten von Unterkunft und Heizung. Existenzsicherung anstelle von Sicherung des Lebensstandards – das ist eine wesentliche Änderung der Arbeitsmarktreform. Neu ist auch, dass die Kosten für Unterkunft und Heizung seit dem 1. Januar 2005 die Kommunen und Arbeitsagenturen zu tragen haben. Karl Hofmann erläuterte, dass die kommunale Praxis durch verschiedene Probleme erschwert werde: Es gäbe noch keine gesicherten Angaben zu Anzahl und Wohnsituation potenzieller Arbeitslosengeld II-Empfänger.

Hinzu kommt die Frage, was unter angemessenen Kosten zu verstehen ist, denn bei der Angemessenheitsdefinition gibt es bisher keine bundesweite Regelung. Einige Kommunen orientieren sich an Wohnflächengrenzen, andere greifen auf Mietpreisgrenzen zurück. Weiter führte Hofmann aus, dass die

Quantifizierung der Zahl der Haushalte, die das Arbeitslosengeld II beziehen und nicht angemessen wohnen, noch nicht möglich sei. Ziemlich sicher sei allerdings, dass es zu einer verstärkten Nachfrage nach kleineren und preisgünstigeren Wohnungen kommen werde – aufgrund geringerer Einkünfte und der Angemessenheitsregel.

Mögliche Folgen dieser Entwicklung: Verknappung und Preisanstieg in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt. Ein weiteres Problem: Der Bestand an Sozialmietwohnungen ist rückläufig. Außerdem würden Wohnungsleerstände nicht reduziert, sondern lediglich verlagert: So könnte es vorkommen, dass in „nicht angemessene“ Wohnungen keine neuen Mieter einzögen. Kommunale Wohnraumversorgungskonzepte erhalten dadurch einen immer größeren Stellenwert. Welche Auswirkungen Hartz IV tatsächlich auf den Wohnungsmarkt hat, wird sich allerdings erst am Ende des Jahres zeigen. **va**



Neue Runde der öffentlichen Beweisaufnahme des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I (Vorsitz Oda-Gerlind Gawlik, SPD). Befragt wurden zu Projekten in Rumänien und Israel Klaus-Peter Dietzel (Foto), Bereichsleiter bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) und Helmar Schaps, Leiter der Gruppe „Außenwirtschaft; Messen“ im NRW-Ministerium für Wirtschaft und Arbeit. Der Landesrechnungshof hatte Beanstandungen zur Abrechnung des Projekts in Rumänien geäußert. Dietzel wies die Vorwürfe zurück: „Jeder Zahlungsvorgang unseres Projekts ist nachzuvollziehen, jede Ausgabe belegt.“ Im Mittelpunkt der Befragung von Schaps stand die Einrichtung einer GfW-Repräsentanz in Israel. Hier habe er auf die personelle Besetzung keinen Einfluss gehabt, erklärte der Zeuge. **Foto: Schälte**

## Lebensabend attraktiv gestalten

Zwischenbericht zur neuen Modell-Förderung des Landes

*Etwa 151.000 ältere Menschen leben in Nordrhein-Westfalen in Heimen. Und um diese Heime ist es – zumindest baulich – nicht immer zum Besten bestellt. Um Anreize zur Modernisierung dieser eher an Krankenhäuser und überkommene Anstalten erinnernden Einheiten zu schaffen, hatte der Landtag eine Überprüfung der Fördermöglichkeiten eingefordert. Im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen bilanzierte Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) jetzt das erste Jahr im Modellprojekt „Bauliche Anpassung bestehender Wohn- und Pflegeheime“.*

Insgesamt 15 Wohn- und Pflegeeinrichtungen wurden im Rahmen des Projektes landesweit beraten, fünf bereits konkret mit insgesamt zwölf Millionen Euro gefördert. Geachtet habe man dabei auf integrierte Standorte im Wohnquartier, die Schaffung kleinteiliger Wohngruppen und Flexibilität der Konzepte mit Blick auf verschiedene Pflegeangebote. „Sowohl die geforderten Qualitätsstandards als auch die Wirtschaftlichkeit der Projekte für die Zielgruppe sozialer Wohnraumförderung sind erreichbar“, resümierte der Minister. Die Umbaukosten bewegten sich durch die Förderung innerhalb des durch die Pflegeversicherung finanzierbaren Kostenrahmens.

Bevor der Landtag über eine Aufnahme in die Regelförderung entscheide, solle man jedoch weitere Erfahrungen abwarten. So habe es besondere Schwierigkeiten bei historischer Bausubstanz gegeben, die Vielfalt der Lösungsansätze müsse sehr groß sein und insbesondere bei Bestandsprojekten sei der Beratungsbedarf immens.

Bereits heute verlange das Land im geförderten Mietwohnungsbau jedoch generell Barrierefreiheit und seit 2004 seien auch Wohn- und Gemeinschaftsräume förderbar, „die für neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens einer Gruppe von Pflegebedürftigen geeignet sind“. Insgesamt, berichtete Vesper, stehen 2005 für die Förderung von 13.500 Wohnungen rund 810 Millionen Euro zur Verfügung, davon 300 Millionen für soziale Wohnraumversorgung und 30 Millionen für Menschen mit Behinderungen und Pflegewohnplätze. **vok**

## Vertrauen und Ruhe nötig

### Experten diskutieren über den neuen Landesbetrieb Forst

*Nordrhein-Westfalens Wälder bekommen einen neuen Hüter: Der „Landesbetrieb Forst“ soll – bei Übernahme der Mitarbeiter – künftig die höheren Forstbehörden, die staatlichen Forstämter und die Forstämter der Landwirtschaftskammern ersetzen. Ziel soll es sein, „unternehmerisches Denken und Wirtschaftlichkeit der Landesforstverwaltung zu fördern und so mittelfristig eine Verringerung des Zuschussbedarfs des Landes“ von derzeit knapp 50 Millionen Euro zu erreichen. Ein nicht unumstrittenes Projekt, das der zuständige Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) jetzt mit Fachleuten diskutierte.*

Eigentlich sind wir mit der Betreuung durch die zuständigen Institutionen sehr zufrieden“, sah Dietrich Graf von Nesselrode als Vertreter des Waldbauernverbandes die Umstrukturierung „kritisch konstruktiv“. Gerade mit Blick auf die wirtschaftlich schwierige Lage der 150.000 Waldbauern – seit 1988 habe sich der Preis für Holz halbiert – warnte er vor zusätzlichen Kosten für die Waldbesitzer. NRW hat bundesweit den höchsten Anteil an Privatwald. So fielen für die Forstbehörde als Finanzierung die bisherigen Einheitswertbescheide der Landwirtschaftskammer weg. „Ein Riesenaufwand, das auseinanderzurechnen. (...) Wir haben die Sorge, dass das auf die Betreuungsentgelte aufgeschlagen wird“, mahnte er an, der neue Forstbetrieb müsse sich erst einmal das Vertrauen der Waldbauern erarbeiten.

#### AUSSTATTUNG

Mit einem Defizit im Landesbetrieb von vier bis fünf Millionen Euro rechnet auch Ute Kreienmeier, Geschäftsführerin des Waldbesitzerverbandes der Gemeinden. „Ich befürchte, dass die Ausstattung nicht reichen wird. Das Problem ist, dass die Einnahmen aus der Holzwirtschaft unter dem Ansatz liegen.“ Zumal auch kein Ersatz für den im Naturpark Eifel wegfallenden Holzeinschlag ausgewiesen sei. Generell sei der neue Landesbetrieb jedoch eine große Chance, „die Einheitsforstverwaltung

mit ihren bisherigen positiven Synergieeffekten für Wald und Bürger zu erhalten“.

„Es gibt nur noch einen statt bisher drei Dienstherren“, begrüßte Bernhard Dierdorf, Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Forstleute, den neuen Landesbetrieb. Nachdrücklich unterstützte er auch, dass die Forstämter vor Ort weiter Forstamt heißen. Das sei der Bürger so gewohnt. Dann dürfe man sich jedoch nicht aus der gesetzlichen Verpflichtung entlassen, diese von einem Beamten des höheren Forstdienstes leiten zu lassen – schon um das Laufbahnprinzip beizubehalten. „Und wo wollen Sie in der Beratung des Landesbetriebes ihre Prioritäten setzen – im Forst oder im Sport“, fragte Dierdorf die Abgeordneten zurück.

In jedem Falle müssen in den zuständigen Gremien auch die Naturschutzverbände ausreichend gehört werden, argumentierte Dr. Josef Tumbrink im Namen von LNU, NABU und dem BUND. Weiterhin mahnte er Transparenz im zuständigen Haushaltsplan an – Investitionen gesondert vom Personal und letzteres gebunden an Aufgaben. Herauslösen aus dem Landesbetrieb möchten die Naturschutzverbände die Verwaltung des Nationalparks Eifel. Trennen möchten die Naturschutzverbände – im Gegensatz zu allen anderen Experten – die hoheitlichen Aufgaben der Forstverwaltung von den beratenden Diensten. Wer Aufsichtspflichten

gegenüber einem Waldbesitzer wahrnehme, solle ihn nicht gleichzeitig beraten. So könne „das Dilemma der guten lokalen Kontakte“ entschärft werden.

#### FINANZIERUNG

Keinen Hehl aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Errichtung des Landesbetriebes machte Ulrich Gießelmann für die Gewerkschaft Bauen Agrar Umwelt. Es blieben eine Menge offener Fragen zu Finanzierung, personeller Ausstattung angesichts vieler neuer Aufgaben und Beförderungsmöglichkeiten. „Wollen sie das Personal der jetzigen Dienststellen denn nun voll oder nur überwiegend übernehmen?“ Und was sei mit Forschung und Lehre, die komme bisher an dieser Stelle überhaupt nicht vor. Im Übrigen plädierte der Gewerkschafter, den Namen in „Landesbetrieb Wald und Holz“ zu ändern.

„Die Politik muss eindeutig festlegen, welchen Stellenwert der Wald für unsere Gesellschaft hat“, mahnte Gerd Wendzinski für die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald eine finanzielle Grundversorgung des Staates an – jenseits aller Betriebswirtschaft. Auch wenn man den vorliegenden Entwurf für einen Landesbetrieb begrüße, brauche die Forstverwaltung „bald endlich mal wieder Ruhe“. **volk**

SPD

## Reform der Gemeindefinanzen bleibt auf Tagesordnung

Der Aufschrei und die Wehklage der CDU-Opposition über die weiter schwindende Wirtschaftskraft der nordrhein-westfälischen Kommunen sind pure Heuchelei. Gerade die CDU und die von ihr geführten Landesregierungen haben durch ihr Veto im Bundesrat eine umfassende Reform der Gemeindefinanzen verhindert.“ Das erklärt der stellvertretende Vorsitzende und kommunalpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Jäger (Bild). Durch die von der SPD eingebrachten Reformvorschläge sollte die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sichergestellt und eine langfristige Konsolidierung erreicht werden. Jäger: „Doch die CDU hat sie aus parteitaktischem Kalkül scheitern lassen.“



Unter dem Motto „Haltet den Dieb!“ beklage die CDU-Landtagsfraktion einerseits Einbrüche bei der Gewerbesteuer, fordere jedoch andererseits, auch gegen den Widerstand der CDU geführten Kommunen, ihre Abschaffung. Jäger: „Der Gipfel der Heuchelei ist die Tatsache, dass die CDU permanent eine Umverteilung der kommunalen Mittel zugunsten des ländlichen Raumes fordert, sich gleichzeitig aber über den dramatischen Zustand der Städte im Ruhrgebiet wundert“, sagt Jäger. Mit einem derartigen Gebaren mache die CDU sich zum Totengräber der Kommunalfinanzen. ☞

FDP

## FDP: Freiheit für Forschung und Innovation

Wissenschaftler und Industrievetreter haben beim Biotechnologie-Kongress der FDP-Fraktion Mitte Januar vor 150 Gästen bessere Rahmenbedingungen für Stammzellforschung und Gentechnik in der Lebensmittelproduktion gefordert. FDP-Fraktionschef Dr. Ingo Wolf betonte die Bedeutung der Bio- und Gentechnologie als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. NRW und Deutschland hätten bei der Stammzellforschung sowie der Bio- und Gentechnologie einst eine Vorreiterrolle gespielt. Durch gesetzliche Beschränkungen würden aber die Rahmenbedingungen für Wissenschaftler in NRW zunehmend verschlechtert. „Deshalb verlassen Spitzenforscher auf diesen Gebieten immer häufiger unser Land“, kritisierte Wolf. Das Embryonenschutzgesetz habe die Arbeit der Stammzellforscher um mindestens ein bis zwei Jahre zurückgeworfen, kritisierte der Kölner Stammzellforscher Jürgen Hescheler. „Diese Entwicklung muss gestoppt werden“, forderte er. Die jetzigen Bedingungen erlaubten zwar Grundlagenforschung, aber für klinische Forschung reichten die Möglichkeiten nicht aus, erklärte der Professor am Neurophysiologischen Institut des Universitätsklinikums Köln. Degussa-Vorstandsmitglied Alfred Oberholz, beschrieb ebenso schlechte Voraussetzungen bei der Gentechnik im Lebensmittelbereich. Die FDP-Fraktion will diese Entwicklung stoppen und dafür kämpfen, dass gesetzliche Rahmenbedingungen verbessert werden, um internationale Spitzenforschung wieder zuzulassen. Zur Förderung der Stammzellforschung und anderer Forschungsprojekte plädierte Wolf für die Errichtung eines mit einer Milliarde Euro dotierten Innovationsfonds. ☞

CDU

## „Qual der Wahl“ – Orden für Jürgen Rüttgers

Die Handwerkskammer Aachen veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Gold- und Silberschmiede-Innung für den Kammerbezirk Aachen alljährlich einen Wettbewerb für die Lehrlinge des Gold- und Silberschmiede-Handwerks. So wurden diesmal Karnevalsorden zum Thema „Die Qual der Wahl“ kreiert. Die besten von einer Jury bewerteten Orden werden anschließend an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verliehen, die dem Handwerk besonders nahe stehen. Einer dieser Orden wurde in diesem Jahr CDU-Fraktionschef Jürgen Rüttgers verliehen. Zu dieser Zeremonie begrüßte Rüttgers in seinem Landtagsbüro unter anderem den Präsidenten der Handwerkskammer Aachen, Dieter Philip, und deren Hauptgeschäftsführer, Ralf W. Barkey. In seiner Ansprache erklärte Philip, dass dieser Orden allerdings immer nur eine Leihgabe sei, denn nach Ablauf der Karnevalssession



(etwa einem Jahr) sollte dieser Orden zurückgegeben werden, um ihn in einer Sammlung der Aachener Handwerkskammer auszustellen. Die Vitrinen werden mit den Namen der jeweiligen Ordensträger und der Lehrlinge versehen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. ☞

GRÜNE

## Grüne Fraktion bleibt der Transparenz auf den Fersen

Neben anderen Themen hat natürlich besonders die Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten die Landtagsgrünen auf ihrer Fraktionsklausur in Berlin begleitet. In der Diskussion mit der Grünen Bundesspitze von Partei und Fraktion hat die NRW-Fraktion noch einmal bekräftigt, dass es zur Transparenz den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber keine Alternative gibt. Die Öffentlichkeit braucht Klarheit über Art, Umfang und Höhe der Einkünfte von Abgeordneten. Die Frage, die sich stellt, ist: Welche Gegenleistungen haben Politiker dem zahlenden Unternehmen erbracht? Diese Frage muss beantwortet sein. Darin sind sich die Grünen auf allen Ebenen einig. Deshalb wollen die Grünen in NRW, unabhängig von den wechselnden Positionen der anderen Landtagsfraktionen ihren Gesetzentwurf zur Offenlegung von Nebengehältern in den Landtag einbringen. ☞



Hochkonzentriert für mehr Transparenz (v.l.): Die Grünen Partei-Vorsitzenden Claudia Roth und Reinhard Bütikofer, NRW-Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann und die Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt.



## Porträt der Woche: Antonius Rüsenberg (CDU)

Seit 25 Jahren gehört Antonius Rüsenberg dem nordrhein-westfälischen Landtag an, fünf Mal wurde er für die CDU im Wahlkreis 116 (Höxter II) direkt gewählt. Doch mit Ende der 13. Legislaturperiode ist auch für den dann 62-jährigen gelernten Landmaschinenschlosser, Sozialarbeiter und engagierten Familienpolitiker Schluss. „Ein bisschen Wehmut ist auch dabei.“

Leichter fällt ihm der Abschied, weil er selber spürt, dass er in der Politik nicht mehr so zu Hause ist wie zu Beginn seiner Landtagskarriere. „Man hat nicht mehr den richtigen Biss, man will nicht mehr an der Deichsel stehen, um den Karren zu ziehen“, beschreibt er seine Gemütslage. Ihm missfällt, dass die Politik insgesamt hektischer und kurzatmiger geworden ist. „Wir müssten nachhaltig wirken und uns auf die wichtigen Zusammenhänge konzentrieren und nicht nur auf den Beifall des Tages setzen“, beschreibt Rüsenberg seinen inneren Kompass. Wichtig sei es, einen festen Standpunkt einzunehmen und dabei auch zu bleiben, auch wenn einem der Wind der öffentlichen Meinung ins Gesicht weht. Für den gläubigen Katholiken und standfesten Vertreter des Arbeitnehmerflügels in der CDU richtet sich Politik zu stark danach, „was gut bei den Menschen ankommt“.

Wichtig waren für Rüsenberg auch immer die persönlichen Beziehungen über die Fraktionsgrenzen hinaus. So haben ihn seine politischen Gegner stets als von seiner Sache überzeugten, aber überaus fairen und angenehmen Kollegen kennen gelernt. Doch heute, so klagt er, gebe es kaum noch die Möglichkeit,

sich zusammen zu setzen und in Ruhe über grundsätzliche Fragen nachzudenken und zu diskutieren. Das häufigste Argument, das man zu hören bekomme, sei der Satz: „Ich würde ja gerne, aber ich habe leider keine Zeit.“ An der Kollegialität zu vielen Abgeordneten hat das freilich nichts geändert, „das habe ich in Zeiten meiner schweren Krankheit erfahren, als viele Kollegen aus allen Fraktionen bei mir anriefen und mir alles Gute wünschten“.

### RICHTSCHNUR

Rüsenberg ist alles andere als ein rückwärts gewandter Politiker. „Wir müssen gravierende Veränderungen in der Gesellschaft in unser Handeln einbeziehen. Antworten, die früher einmal richtig waren, müssen heute anders formuliert werden.“ An den Kernaussagen der christlichen Soziallehre, der er sich während seiner politischen Laufbahn immer verpflichtet fühlte, an der Würde des Menschen, auch der des ungeborenen und des Arbeitslosen, müsse man jedoch festhalten. „Wenn wir uns nicht an diesen Grundwerten orientieren, kommt Sand ins Getriebe“, mahnt Rüsenberg seine Kollegen. Deshalb bekennt er sich auch klar zum „C“ im Namen seiner Partei. Standfestigkeit empfiehlt er seiner Partei vor allem für den Fall, dass sie am 22. Mai ihr Wahlziel erreicht und zusammen mit der FDP die Regierung stellen kann. Obwohl Rüsenberg während seiner gesamten Zugehörigkeit zum Landtag auf den harten Oppositionsbänken saß, fand er die Arbeit zu-

frieden stellend und in vielen Fällen auch erfolgreich. Zwar landeten mindestens drei Viertel der Papiere, die eine Opposition produzierte, im Papierkorb, doch habe er lange und letztendlich mit Erfolg dafür gekämpft, dass in der Landesverfassung der Satz aufgenommen wurde: „Familienarbeit ist der Erwerbsarbeit gleichwertig.“ Auch die Verkleinerung des Landtags auf 181 Abgeordnete ab der nächsten Wahl geht auf seine Forderung zurück. Ihm wäre es noch lieber gewesen, wenn das Landesparlament auf 151 verkleinert worden wäre.

Vor Langeweile im politischen Ruhestand hat Rüsenberg keine Angst. Der CDU bleibt er schon deshalb verbunden, weil ihn der Kreisverband Höxter zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gewählt hat. Er bleibt Patientenbeauftragter in seinem Heimatort Steinheim und hat schon Anfragen aus der Katholischen Arbeiterbewegung und der Kolpingfamilie vorliegen. Am meisten freut sich der stolze Opa aber darauf, dass er künftig mehr Zeit hat, um seine dreijährige Enkelin zum Kindergarten zu bringen und wieder abzuholen.

**Autor:**  
Peter Jansen



## Einsatz für Kinder von Tschernobyl

*In einem gemeinsamen Brief aller Fraktionen an den weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko haben sich Abgeordnete des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik dafür eingesetzt, an Ferienreisen für Kinder aus dem Gebiet des Reaktorunfalls weiterhin festzuhalten. Lukaschenko hatte im November letzten Jahres in einer Parlamentsrede das Verbot dieser Erholungsreisen ins Ausland angekündigt.*

Seit mehr als 15 Jahren engagieren sich in NRW rund 150 Initiativen für die Kinder von Tschernobyl, um ihnen Erholungsaufenthalte hierzulande anzubieten und Hilfsleistungen zu organisieren. Dass dies den

Kindern auch in Zukunft ermöglicht wird, dafür machte sich jetzt der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik stark und wandte sich in einer gemeinsamen Erklärung direkt an den Präsidenten der Republik Belarus. Sowohl mit Blick auf die Gesundheitsfürsorge für die betroffenen Kinder als auch mit Blick auf eine Verbesserung der gegenseitigen Völkerverständigung appellierten die Abgeordneten an Lukaschenko, den Erholungsreisen für Kinder auch künftig nicht im Wege zu stehen. 160.000 Kinderreisen in 15 Jahren seien ein klarer Beweis für die große Beliebtheit dieser Projekte.

Am 26. April 1986 ereignete sich in der ukrainischen Stadt Tschernobyl der folgenschwerste Reaktorunfall in der Geschichte des Landes. Von der Katastrophe besonders betroffen war und ist Weißrussland (Belarus) mit 70 Prozent der radioaktiven Niederschläge.

### LANDTAG INTERN

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
**Redaktion:** Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer  
Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de  
**Redaktionsbeirat:** Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.  
**Nachdruck mit Quellenangabe erbeten**  
**Satz/Gestaltung/Layout:** h<sub>2</sub>m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de  
**Herstellung und Versand:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf  
**Internet-Adresse:** www.landtag.nrw.de  
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 27. Januar bis 23. Februar 2005

27.1.	Hans-Peter Meinecke (SPD)	61
3.2.	Gisela Walsken (SPD)	47
4.2.	Heinrich Kruse (CDU)	59
4.2.	Reiner Priggen (GRÜNE)	52
5.2.	Inge Lagemann (SPD)	61
10.2.	Peter Biesenbach (CDU)	57
11.2.	Manfred Luckey (CDU)	56
15.2.	Holger Ellerbrock (FDP)	57
16.2.	Eckhard Uhlenberg (CDU)	57
17.2.	Werner Lohn (CDU)	47
18.2.	Dr. Robert Orth (FDP)	37
18.2.	Dr. Michael Brinkmeier (CDU)	37
20.2.	Marianne Hürten (GRÜNE)	52
21.2.	Gerda Kieninger (SPD)	54
22.2.	Dorothee Danner (SPD)	56
23.2.	Hans Peter Lindlar (CDU)	59

**Svenja Schulze** (SPD) wurde als Nachfolgerin ihres Fraktionskollegen Ralf Jäger als ordentliches Mitglied in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss I gewählt.

**Joost Reinke**, Pastor aus Hückeswagen, ist zum NRW-Politbeauftragten der nordrhein-westfälischen Kirchenverbände des Bundes der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in Deutschland ernannt worden. Reinke hat vor kurzem die Akkreditierung bei Landtag und Landesregierung erhalten.

**Klaus Kaiser** (CDU) ist als Nachfolger des aus dem Ausschuss ausgeschiedenen CDU-Abgeordneten Michael-Ezzo Solf neues Mitglied im Kulturausschuss. Kaiser übernimmt nach dem Rücktritt seines Fraktionskollegen Richard Blömer auch die Funktion des kulturpolitischen Sprechers seiner Fraktion.

**Jupp Siebert**, als Torhüter und Feldspieler über 20 Jahre aktives Mitglied des FCL, ist nach langer und schwerer Krankheit gestorben. FCL-Präsident Günter Langen würdigte den früheren Angestellten der Landtagsverwaltung als „echten Kumpel“. Der Verein habe seinem Organisationstalent und seinen Verbindungen zum Düsseldorfer Fußballsport viel zu verdanken gehabt. Nach Beendigung seiner aktiven Laufbahn stand Siebert der Mannschaft als Co-Trainer zur Verfügung. Langen: „Wir werden Jupp Siebert vermissen.“

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 27. Januar 2005 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Andacht im Raum E 3 Z.03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## „Frohsinn, Frieden und Einigkeit“ ...

... wünschten Caspar, Melchior und Balthasar den Abgeordneten und Mitarbeitern des Landtags. Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfing zum Jahresbeginn die 22 Sternsinger der katholischen Kirchengemeinde St. Martin aus Düsseldorf-Bilk in der Bürgerhalle des Landtags. „Eure Botschaft ist gerade in diesem Jahr von besonderer Bedeutung und Menschen helfen eine gemeinsame Verantwortung aller“, so der Landtagspräsident. Mit Blick auf die Opfer der Seebeneckkatastrophe mahnte Schmidt neben der „Solidarität der Kinder“ eine „Solidarität aller Menschen und Kontinente“ an. „Möge Euer Besuch Segen für das Haus bringen und sich für Euch lohnen“, wünschte Schmidt den Mädchen und Jungen, die anschließend im Gewand der drei Weisen die Landtagsfraktionen besuchten, um in Gesängen und Gebeten den Segen Gottes zu überbringen.

Foto: Schälte